

2012.3

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen



Seite 3

Fracking: Die zerstörerische Gier der Energiekonzerne

Skrupellose Erdpressung

Seite 10

Sozialstaat 3.0

Eine neue Art,
miteinander umzugehen

Seite 16

Schwarmintelligenz

Mode-Erscheinung oder
evolutionärer Imperativ?

Seite 19

Liquid Feedback

Demokratie von
unten nach oben

Aus dem Inhalt

Fracking:
das Interview

Der Umweltschutzverband BUND ist an der unabhängigen Fracking-Studie in NRW beteiligt. Ist Gasbohren alternativlos? Fakten und Hintergründe.

Seite 5

Keine Kernkraft in
Deutschland

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache. Doch wohin mit dem strahlenden Müll? Wo ist das Endlager? Was die Anti-Atom-Piraten dazu sagen.

Seite 8

Reboot für den
Sozialstaat

Das Sozialsystem ist aus dem Takt. Nicht erst seit „Hartz IV“ passt es hinten und vorne nicht mehr. Die Gruppe der Sozialpiraten ist eine Denkfabrik für neue Ansätze. Wir stellen ihr Modell „Sozialstaat 3.0“ vor.

Seite 10

Umwelt A-Z

Der Überblick über Umweltthemen aus Sicht der Piraten.

Seite 12

Buch- und
Medientipps

Drohnenschwärme für die städtische Überwachung. Die Transparenzgesellschaft. Neue Krähenest-Podcasts. Ein surrealer Webcomic, kostenlos und frei verteilbar.

Seite 18

EU-Absahner mit
Lobbyjobs

Sind 10.000 Euro-Jobs mit einem Vollzeit-Abgeordneten-Mandat vereinbar? Nach heftiger Kritik wurde ein Bertelsmann-Posten zum Berater-Mandat gewandelt. Die Gehaltsklasse blieb gleich. Kein Einzelfall.

Seite 22


Editorial

Ahoi, liebe
Lesende!

ACTA* lebt - in CETA**! Nach dem jährlichen TÜV eine neue Dreistigkeit aus der EU-Kommission. Das schlimmste aus dem im EUParl abgelehnten ACTA findet sich im neuen CETA wieder. CETA ist ein europäisch-kanadisches Handelsabkommen, das gerade in den Endverhandlungen steht. Auch weitere internationale Handelsabkommen sollen ACTA-infiziert sein. Genaueres weiß man noch nicht, da die Texte erst kurz vor knapp öffentlich werden. Bei CETA ruderte die EU bereits zurück und behauptete, ein paar ACTA-Klauseln sind bereits entfernt. Copyrightexperten befürchten, dass es Strategie der Befürworter sein könnte, die einstweilen verworfenen ACTA-Teile in neue Handelsverträge einfließen zu lassen. Das Pazifikbündnis TPP wäre etwa ein Kandidat. „Die Netzszene muss aufpassen, um nichts zu verpassen“, warnt Rechtsprofessor Hoeren auf standard.at.

*Anti-Counterfeiting Trade Agreement (deutsch: Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen)

** Comprehensive Economic and Trade Agreement



Der Kompass braucht dich!

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen

Mach mit! Alle drei Monate möchten wir eine Ausgabe herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

So lernen wir uns kennen:

jeden Mittwoch 19:45 Uhr Telekonferenz
(Software:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung)
Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende:

Joshua Brück (Finanzen)
Irmgard Gravemann (Lektorat)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (Redaktion,
Koordination, V.i.S.d.P.)
Thomas Latzke (Redaktion)
ulrics (Redaktion)

Autoren:

Anti-Atom-Piraten
Michael Balke
Jürgen Beckmann
Michael Ebner
Irmgard Gravemann
Thomas Küppers
Thomas Latzke
Stefan Müller
ulrics

Layout: Thomas Latzke

Postanschrift der Redaktion:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

Postanschrift des Vereins:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

AboService & Vertrieb:
vertrieb@denk-selbst.org

Titelbild: CC BY-SA Thomas Latzke

Druck: MegaDruck.de GmbH
Eichendorffstraße 34 b,
26655 Westerstede



Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de



Die Giftbohrer

Fracking Deutschland plant die Energiewende, mit bisher mäßigem Erfolg. Neben vielen guten und schlechten Alternativen zur Atomkraft und zu den sogenannten Brückenlösungen wie der Braunkohleförderung hat sich eine weitere Energiequelle im Land als angeblich viel ertragreicher zu erkennen gegeben, als man jemals vermutet hätte. Sie soll jetzt der neue Heilsbringer sein und ist außer in konventionellen auch in „unkonventionellen“ Lagerstätten zu finden. Klingt harmlos, ist es aber nicht. Es geht doch nur um Erdgas? Nein, es geht um Geld und hohe Risikobereitschaft zum Nachteil der Bürger.

CC BY-SA Jürgen Beckmann

Weniger durch eine Energiequelle als durch zweifelhafte Fördermethoden und Begehrlichkeiten von Konzernen hervorgerufen, deren Absichten bisher jedenfalls nicht zwingend auf einen Nutzen für das Gemeinwohl schließen lassen, wurde ein Szenario von politisch Verantwortlichen zugelassen, dessen Ausgang bisher niemand vorhersagen kann. Seit 2010 bemühen sich internationale Konzerne wie Exxon Mobil (Esso) um Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen für Erdgasvorkommen, die nicht durch herkömmliche Bohrmethoden zu erschließen sind. Hier geht es um Methoden, die sich im Sprachgebrauch unter dem Wort „Fracking“ etabliert haben. „Tight Gas“ in einer Bohrtiefe von 3.500 bis 5.000 Metern, Schiefergas in 1.000 bis 2.500 Meter und Kohleflözgas in circa 1000 Meter sind die Rohstoffe, um die es in Deutschland in diesem Zusammenhang geht. Allein im Fall von Exxon handelt es sich um großflächige Aufsuchungsgebiete im Raum Cloppenburg, in Niedersachsen und im Münsterland.

Da sich bereits kurz nach Bekanntwerden dieser Pläne viele Bürger in ganz Deutschland gewehrt haben, in Kenntnis der Gefahren für unser Trinkwasser und die Umwelt im Allgemeinen, haben die Konzerne die Strategie gewechselt und betreiben einen groß angelegten Dialog mit Bürgern, Politik und Wissenschaft. Mit welchem Ziel? Die Claims sind bereits abgesteckt, die Konzerne haben Deutschland bereits unter sich aufgeteilt und Tatsachen geschaffen. Der Bürger wird in einen unüberschaubaren Kommunikationsprozess gezwungen: dieser schwankt zwischen Aufklärung und Rechtfertigung, wissenschaftlichen Fakten, zweifelhaften PR-Methoden und Verharmlosung von gefährlichen Tatsachen hin und her. Von Transparenz kann hier keine Rede sein, von Redundanz schon eher.

Der Bürger wird allein gelassen in der Informationsflut und muss sich in Initiativen, auf Veranstaltungen und im Internet informieren, so gut er will und kann. Seine Aufgabe ist das nicht. Die Gefahrenabwehr für den Bür-

ger ist Pflicht des Staates, eine Bring- und keine Holschuld.

Das Umweltbundesamt und das Land NRW haben in 2012 zwar Studien in Auftrag gegeben, jedoch sollte die Neutralität belegt sein. Ein von Exxon Mobil eingesetzter „Neutraler Expertenkreis“ rühmt sich in einer bereits vorliegenden Studie, seine Daten und Erkenntnisse für eben diese Studien zur Verfügung stellen zu wollen. Das darf man nicht zulassen.

Die Politik versteckt sich zudem hinter einer unzureichenden Gesetzeslage und den Verweisen auf ausstehende Untersuchungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Gutachten und übersieht wieder mal gern neben all diesen Unsicherheiten real existierende Gefahren und Bedrohungen. Das Umweltbundesamt stellt klar: „Um all diese Aspekte im Rahmen eines umfassenden Verfahrens seriös prüfen und eine breite Behörden- und Bürgerbeteiligung sicherstellen zu können, ist als erster Schritt eine Änderung/Anpassung der „UVP-Verord-

nung Bergbau“ aus Sicht des Umweltschutzes dringend erforderlich, was zur Folge hätte, dass für künftige Gasschieferexplorationen ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden müsste.“

Offensive mit Nebelkerzen

Was bedeutet also der sogenannte Dialogprozess von Exxon Mobil? Eigentlich gar nichts. Es ist eine geschickte PR-Aktion, nicht mehr und nicht weniger. Es kann vermutet werden, dass auf Zeit gesetzt wird. Man rechnet offenbar damit, dass niemand so viel Energie aufwendet, sich ein Bild über Nutzen und Schaden der gefährlichen Fördermethoden zu schaffen. Es ist ein Spiel mit der Angst der Menschen. Es suggeriert Abhängigkeit von industriell lukrativen Ressourcen, die in Wirklichkeit nicht besteht, gar das Versagen der Infrastruktur durch Energieknappheit und inflationär steigende Energiepreise.

Was ist von einer Risikostudie zu halten, die bereits zu Beginn folgende Mahnung unter der

Überschrift „Fracking – was ist das“ an den Leser richtet: „Heimisches Erdgas kann unseren Energiebedarf keineswegs decken, aber es ist ein Beitrag zum deutschen „Energemix“ und gewinnt im Zuge der „Energiewende“ weiter an Bedeutung. Dieser Beitrag würde in absehbarer Zeit versiegen, wenn man nicht auf unkonventionelle Lagerstätten setzen kann.“ Will man gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass der Bürger selbst schuld ist, wenn seine heimische Energie versiegt, nur weil er den Fördermethoden nichts abgewinnen kann? Wer die Geschichte des Fracking kennen lernt, sich die Erfahrungen aus den USA genau anschaut und die Energiesituation Deutschlands auch mal von anderen beschreiben lässt, die nicht in den industriellen Kreislauf eingespannt sind, erkennt: Es besteht keine Notwendigkeit, sich auf diesen Dialog einzulassen. Auch wenn die geophysikalischen, geologischen und geographischen Verhältnisse in den USA auf Europa und Deutschland nicht 1:1 übertragbar sind, ist ein Blick auf die Geschehnisse dort hilfreich. Wer glaubt, in den USA ständen die Bürger hinter jeder Energiequelle oder Fördermethode, die ihnen Unabhängigkeit und Mobilität verspricht, der irrt.

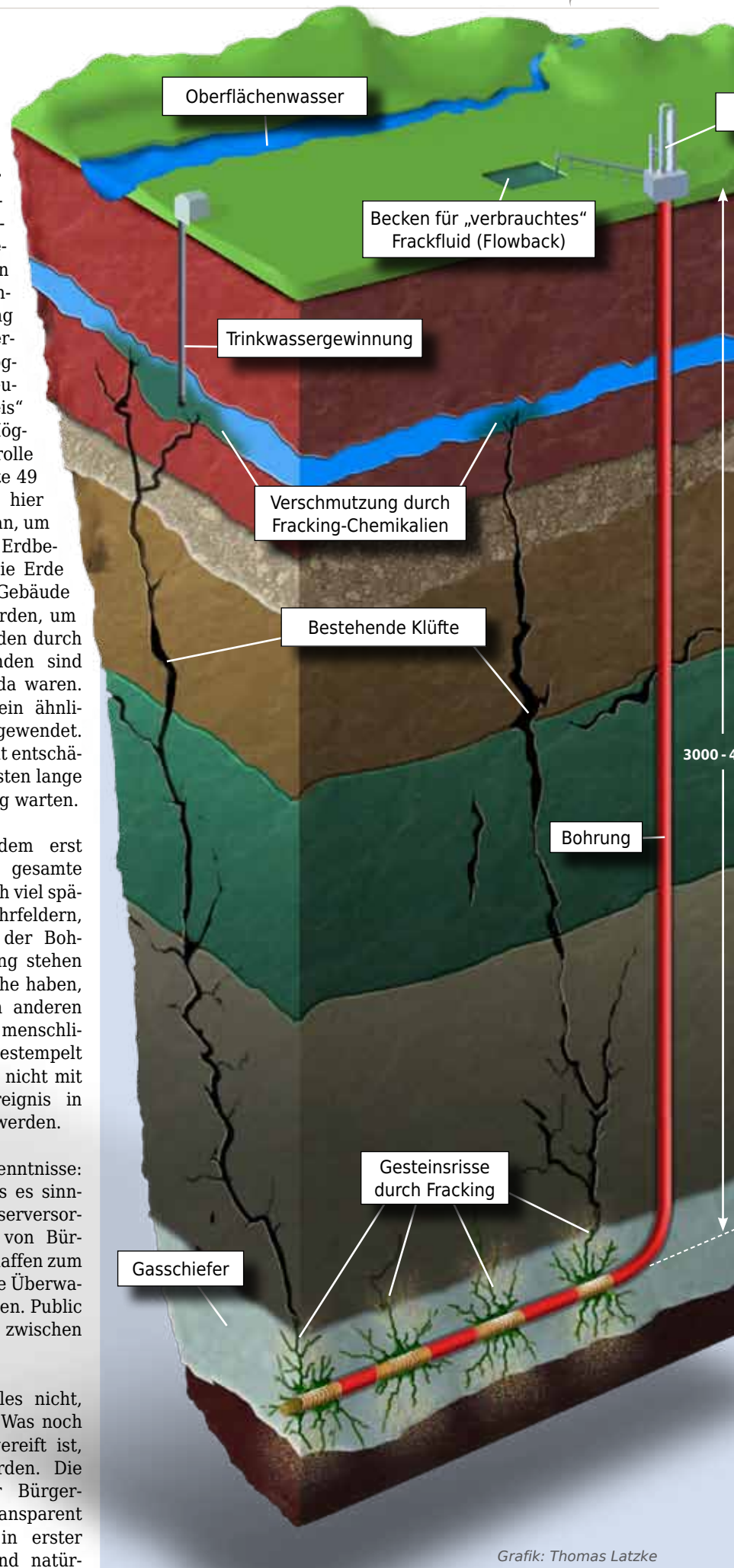
Die „taz“ berichtet auf ihrer Internetseite am 20.11.2011: „Seit Mitte des vergangenen Jahrzehntes sind quer durch die USA Tausende von Fracking-Bohrstellen entstanden. Doch das Verfahren ist umstritten. Es gefährdet nach Ansicht von Kritikern sowohl das Grundwasser als auch Oberflächengewässer. An manchen Orten ist Leitungswasser ungenießbar geworden, und es häufen sich gesundheitliche Beschwerden. Im Ort Pavillion im Bundesstaat Wyoming etwa, wo Hunderte von Gasbohrstellen entstanden sind, klagen AnwohnerInnen über „schwarzes Wasser und Benzingestank“ aus ihren Wasserhähnen. Die US-Umweltbehörde EPA listet in einer aktuellen Studie zahlreiche krebserregende Stoffe auf, die sie in Wasserproben in Pavillion gefunden hat: Benzol in der 50-fachen Konzentration der

zulässigen Menge, Phenol, Aceton, Toluol, Naphthalin und Spuren von Diesel.“ Für Deutschland sind die Gefahren aus der Exxon-Studie abzulesen. Erdbeben, seismische Ereignisse genannt, Freisetzung von Methan in großen Mengen und Verseuchung von Grund- und Oberflächenwasser sind mögliche Folgen. Der „Neutrale Expertenkreis“ spricht auch über Möglichkeiten zur Kontrolle der Gefahren. Auf Seite 49 der Studie liest man, hier auszugsweise, dass man, um sicher zu gehen, keine Erdbeben auszulösen, „in die Erde hineinhorchen“ solle. Gebäude sollen begutachtet werden, um festzustellen, ob Schäden durch das Fracking entstanden sind – oder schon vorher da waren. Beim Bergbau wird ein ähnliches Verfahren angewendet. Nicht wenige sind nicht entschädigt worden oder mussten lange auf eine Entschädigung warten.

Schäden werden zudem erst später sichtbar, das gesamte Ausmaß sicherlich noch viel später. Unfälle in den Bohrfeldern, die nicht direkt mit der Bohrung in Zusammenhang stehen aber physikalische Nähe haben, könnten als Unfall in anderen Bereichen oder als menschliches Versagen abgestempelt und unter Umständen nicht mit dem eigentlichen Ereignis in Verbindung gebracht werden.

Die Krone der Erkenntnisse: eine Empfehlung, dass es sinnvoll sein könne, Wasserversorgern und Vertretern von Bürgern Zugang zu verschaffen zum Bohrplatz und sie in die Überwachung mit einzubeziehen. Public Viewing am Bohrloch zwischen den Turnieren?

Wir brauchen das alles nicht, es ist längst alles da. Was noch nicht im Gesetz ausgereift ist, muss geschaffen werden. Die Gesetze müssen der Bürgerschaft plausibel und transparent nahegelegt werden, in erster Linie zum Schutz, und natür-



Fracking-Anlage

Fracking

Hydraulic Fracturing (engl. to fracture ‚aufbrechen‘, ‚aufreißen‘; auch „Fracking“, „Hydrofracking“, „Fracking“, „Frac‘ing“, oder „Frac Jobs“ genannt) ist eine Methode der geologischen Tiefbohrtechnik, bei der durch Einpressen einer Flüssigkeit („Fracfluid“, dt. Plural „Fracfluide“) in eine durch Bohrung erreichte Erdkrustenschicht dort Risse erzeugt und stabilisiert werden.

Beim Hydraulic Fracturing zur Gasgewinnung wird eine Bohrung in eine meist mehrere tausend Meter tief liegende gashaltige Schiefergesteinschicht eingebracht. In dieser Schicht wird die Bohrung waagrecht nochmals bis zu über tausend Meter vorangetrieben.

In dem waagerechten Strang wird die Bohrhülle mitsamt dem umliegenden Felsen zunächst abschnittsweise mittels Sprengstoff perforiert und anschließend Sand, Wasser und Chemikalien unter hohem Druck in die entstandenen Risse eingepumpt. Dadurch erweitern sich die Klüfte.

Anschließend wird die eingepresste Flüssigkeit, die unter dem Druck der Gesteinsschicht steht, so weit wie möglich zurückgepumpt. Der beigesetzte Sand hat die Aufgabe, in den Rissen zu verbleiben und diese gegen den anstehenden Gesteinsdruck porös für den Fluss von Erdgas offen zu halten. Auch Additive des Fracfluids verbleiben durch Adhäsionswirkung an den flüssig-fest-Phasengrenzen eher im Gestein.

Das gelöste Gas strömt nun durch die Risse und das Bohrloch zur Oberfläche.

lich als legitime Grundlage für konformes Handeln der Unternehmen. Auch hier muss auf die vorhandene Stellungnahme und die Schlussfolgerungen des Umweltbundesamtes verwiesen werden, welches weit vor dem Erscheinen einer privaten Studie diese Sachverhalte zusammengefasst hat: „Zum Schutz von Mensch und Umwelt, insbesondere zum Schutz des Grundwassers sind an jede Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten folgende Mindestanforderungen zu stellen:

- Kein Fracking zur Gewinnung von Erdgas in sensiblen Gebieten (etwa Trinkwassergewinnungsgebiete, Heilquellen, Mineralwasservorkommen)
- Obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung (für jeden einzelnen Frack sowie das gesamte Gasgewinnungsfeld)
- Grundsätzlich Beteiligung der zuständigen Wasserbehörden zur Bewertung der Auswirkungen auf das Grundwasser
- Vollständige Offenlegung der verwendeten Additive und der exakten Zusammensetzung der Fracturing-Fluide für jeden einzelnen Frack
- Registrierung der Fracking-Chemikalien für diese Verwendung gemäß REACH-Verordnung
- Überwachung der Frack-Flüssigkeiten und des Flowbacks (zurückgefordertes Frack- und Lagerstättenwasser) sowie Nachweis über die ordnungsgemäße Entsorgung in einem Kataster
- Erstellung eines Notfallplans und Störfallvorsorge
- Gefährdungsanalyse und begleitendes Monitoring durch die Förderunternehmen.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Wenn die Konzerne neben netten TV-Werbespots in ferner Zukunft den Beweis antreten, dass ihre Verfahren im Rahmen des menschlich machbaren sicher sind, die Bürger-

schaft, nachdem sie alles weiß, entschieden hat, dass sie die Energiequelle will und kompetente und verantwortungsbewusste Politiker dem Ganzen einen gesetzeskonformen Rahmen geben, dann kann man über Aufsuchungs- und Förderkonzessionen reden, vorher nicht.

Dafür muss aber ein Kommunikationsprozess geschaffen werden, der wirklich auf neutraler (politischer) Ebene geführt wird und in dem sich Dritte schlau machen und dann berichten, nicht unmittelbar Beteiligte. Die Wissenschaftler des „Neutralen Expertenkreises“ unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich Borchardt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung sind von einwandfreiem Ruf und mit hoher Kompetenz ausgestattet. Aber wer sich ein Jahr lang von einem Konzern eine Studie finanzieren lässt, unter sehr hohen Kosten Forschungen betreibt, der muss sich gefallen lassen, als nicht mehr neutral in der Sache angesehen zu werden. In den einleitenden Worten der Studie findet man die Parameter des Prozesses. Neben der Zusage des Expertenkreises, eine Einflussnahme von Exxon nicht zuzulassen, steht aber auch:

- ExxonMobil hat den Informations- und Dialogprozess sowie diese Studie finanziert
- In die Arbeit sind auch Daten und Informationen von Exxon Mobil eingeflossen

Ein von Exxon Mobil initiiertes Dialog in dieser Form ist nichts wert, denn man kann ihm nicht trauen. Was hier passiert und noch passieren soll, hat den Anschein von Rechtfertigung. Wenn man diese Studie als das betrachtet, was sie ist, nämlich ein Stein in einem undurchschaubaren Mosaik, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: Schluss mit Fracking und Schluss mit dieser PR-Maßnahme – der Bürger durchschaut sie.

BUND ist beteiligt an unabhängiger Studie in NRW

Exxon Mobil will durch einen „Neutralen Expertenkreis“ die Beherrschbarkeit der hohen Risiken beim Fracking herbeiführen. In NRW traut man wie an-

derorts auch dieser Maßnahme nicht und setzt auf eine eigene Studie unter Beteiligung des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Dirk Jansen, BUND-Geschäftsleiter und Pressesprecher, fasst im Gespräch mit der Kompass-Redaktion die aktuelle Situation zusammen und ist überzeugt, dass die Energiewende ohne Atomkraft und fossile Energieträger bei vernünftiger Planung Realität werden kann. Für den Bezug von Energie aus erneuerbaren Quellen besteht nicht nur ein Trend, es ist regelrecht ein Boom. Der „BUND“ rechnet mit mindestens 80 Prozent Anteil am gesamten Strommarkt in Deutschland bis Mitte dieses Jahrhunderts. Was aber passiert in der Übergangszeit? Allein aus Gründen des Klimaschutzes, dem sich alle Parteien in Deutschland als Vorreiter verpflichtet fühlen, können wir uns neue Anteile fossiler Energieträger nicht leisten. Bis erneuerbare Energien grundlastfähig werden, brauchen wir allerdings moderne, regelbare Kraftwerke. Hier haben durch Erdgas befeuerte Kraftwerke Vorteile gegenüber Kohlekraftwerken. Der „BUND“ befürwortet hocheffiziente Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung als Brückentechnologie, wenn sofort aus der Atomenergie und sukzessive aus der Braun- und Steinkohleförderung ausgestiegen wird. Grundsätzlich ist Erdgas aufgrund des CO₂-Ausstoßes die vermeintlich klimafreundlichere Ressource. Woher kommt also das Gas für diese Anlagen? Selbst die konventionelle Gasförderung ist mit Einbußen für die Umwelt verbunden, also muss hierfür die umweltverträglichste Fördermethode gefunden werden. Um nicht in weitere Notwendigkeit zur Erschließung neuer, riskanter Quellen zu kommen, ist das Sparen der Energie zeitgleich notwendig. Aktuell wird Erdgas verschwendet. Hocheffiziente Technik und energetische Gebäudesanierung müssen Hand in Hand gehen, um Erdgas „weg zu sparen“. Ein großer Teil der jetzt importierten Gasmenge könnte eingespart werden und/oder für hocheffiziente Kraftwerke zur Verfügung stehen.

Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten weist zu dem eine noch deutlich schlechtere Umwelt- und Klimabilanz auf als die aus konventionellen. Wenn Frackgas in Gaskraftwerken eingesetzt wird, kommen sie von der Effizienz her in den Bereich herkömmlicher Steinkohlekraftwerke, bereits das lässt seinen Einsatz absurd erscheinen. Quintessenz dieser Fakten ist, dass keine Importabhängigkeit in dem von der Industrie beschriebenen Maß existiert. Der größte mögliche Beitrag zur Senkung der gesamten Importquote ist der Ausbau der erneuerbaren „heimischen“ Energie.

Angst vor dem Zudrehen des Gashahns seitens der Lieferländer braucht man aufgrund der Diversifizierung des Gasmarktes nicht zu haben, so Jansen. Es besteht eine gesunde Wechselwirkung des Marktes in Bezug auf

den Nutzen für Anbieter und Abnehmer. Wenn man überhaupt von Abhängigkeit sprechen kann, dann muss man zumindest von einer gegenseitigen Abhängigkeit sprechen.

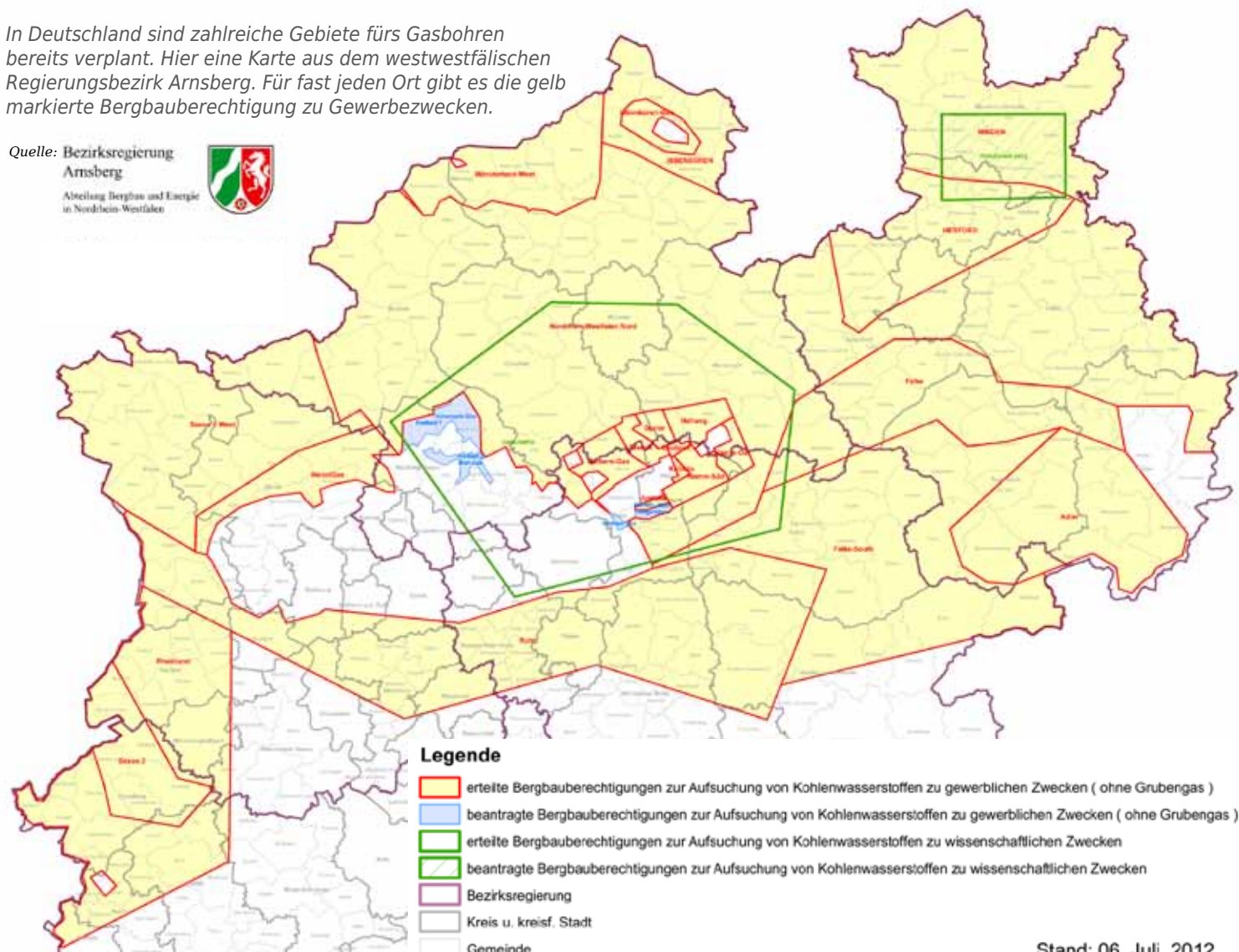
Beim Fracking sieht der „BUND“ die größte Gefahr in der Beeinträchtigung des Gewässerhaushalts, und das während aller Phasen der Förderung. Unser Trinkwasser ist gefährdet. Völlig ungeklärt, technisch wie rechtlich, ist der Umgang mit dem Flowback. In Niedersachsen plant man zum Beispiel, diesen wieder unterirdisch zu verbringen, laut „BUND“ alles andere als ein zuverlässiger Weg. Die Flüssigkeit müsste aufbereitet werden und die Rückstände sicher deponiert werden – von welcher Menge wir sprechen für Deutschland und wo das sicher erfolgen kann, ist ebenfalls ungeklärt. Die Diskrepanz liegt im Bergrecht und den Abfallgeset-

zen. Für Jansen garantiert das Bergrecht keine schadlose Entsorgung. Die kontaminierten Fluide müssten regelrecht unterirdisch verklappt werden, was ein bisschen an die Dünnsäureverklappung der Vergangenheit in der Nordsee erinnert. Ohne klare gesetzliche Vorgaben und ohne sichere Technologie darf eine solche Fördermethode gar nicht zur Anwendung kommen. Die Länder bekämpfen sich untereinander. Niedersachsen torpedierte im Bundesrat vom Land NRW eingebracht Novellierungsvorschläge für das Bergrecht. Diese aus NRW stammenden Vorschläge sind bei weitem nicht ausreichend und beziehen sich hauptsächlich auf Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) für Frackvorhaben. Dem „BUND“ ist kein Fall bekannt, wonach ein Förderersuchen in der Vergangenheit durch eine UVP nach Bergrecht hätte verhindert werden kön-

nen. Also brauchen wir klare, strikte Verbotstatbestände für das Bundesgebiet. Im Wasserrecht (Wasserhaushaltsgesetz) gibt es das schon, jedoch wurden die Wasserinstitute bei vergangenen Genehmigungsprozessen erst gar nicht einbezogen oder nicht im ausreichenden Maß. Der Regierungsbezirk Arnsberg hat Aufsuchungsgenehmigungen erteilt, ohne dass das jemand mitbekommen hat – weder Behörden, noch die Wasserwirtschaft, Institute oder die Öffentlichkeit. Erst durch die Presse wurde ab 2009 ruchbar, dass die Hälfte der Landesfläche von NRW durch Claims abgedeckt war. Positiv bewertet der „BUND“, dass die Landesregierung zugibt, „man wisse über die Technologie eigentlich gar nichts.“ Das Moratorium führte zur Ansetzung der Risikostudie für NRW, welche bei der ahu AG Wasser, Boden, Geomatik in Aachen in Auftrag gegeben wurde.

In Deutschland sind zahlreiche Gebiete fürs Gasbohren bereits verplant. Hier eine Karte aus dem westwestfälischen Regierungsbezirk Arnsberg. Für fast jeden Ort gibt es die gelb markierte Bergbauberechtigung zu Gewerbebezwecken.

Quelle: Bezirksregierung
Arnsberg
Abteilung Bergbau und Energie
in Nordrhein-Westfalen



Stand: 06. Juli 2012

Position der Piratenpartei

Die Piraten lehnen Hydraulic Fracturing als Fördermethode ab. Bei diesen Vorhaben werden Boden und Grundwasser großen Risiken ausgesetzt. Das bedeutet eine Gefahr für uns und zukünftige Generationen. Das Einbringen zahlreicher, zum Teil hochgiftiger, Stoffe mit unkontrollierter Ausbreitung ist abzulehnen.

Schäden

- Gift im Boden, Oberfläche, Grundwasser und Trinkwasser
- Straßenbau, Versiegelung von Flächen, Bohrstätten, Lagerstättenwasser und verbrauchte Frackflüssigkeit müssen gelagert und entsorgt werden.
- Hochgiftiges Frackwasser wird nach Abschluss einfach wieder in den Untergrund gepresst
- Zertrümmerung des Deckgebirges
- Luftbelastung, Wasserbelastung, Grundwasserabsenkung
- Ausspülung von Salzen, Schwermetallen und radioaktiven Stoffen

Folgen

- Schließung von Brunnen
- Landschaftsverbrauch, Lärmbelästigung, Schwerlastverkehr
- Schwarmbeben, Gasaustritte

Daher muss Fracking auf nationaler und internationaler Ebene (EU) verboten werden. Zur Deckung des Energiebedarfs setzen wir auf Effizienzverbesserungen, Einsparungen und regenerative Energien. Gegen Fluktuationen helfen Speichertechniken. Rege-



nerative Energien werden nur eingesetzt, wo sie nicht in Konkurrenz zu anderen stehen. Die Piratenpartei fordert:

- Erkundungsprozesse und Genehmigungsverfahren von Probebohrungen transparent und unter Einbindung der Bevölkerung zu gestalten
- eine Teilhabe der betroffenen Bürger auch in diesem Bereich durch Mitbestimmung, Bürgerentscheide, also mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie
- Änderung des nicht mehr zeitgemäßen Bergrechts

Was kann der Einzelne tun?

- Informiere Dich
- Informiere Familie, Freunde und Bekannte
- Unterstütze die Bürgerinitiativen gegen Gasbohren (BIGG)
- Schreibe deine Stadt oder deinen Kreis an (etwa das Umweltamt) und stelle Fragen
- Sammle Informationen und gib diese an die Aktivisten vor Ort weiter
- Schreibe Leserbriefe an die Presse
- Zeichne Petitionen
- Komm zu Veranstaltungen und setze durch deine Anwesenheit ein Zeichen

Diese führt ein Konsortium und hat einen begleitenden Arbeitskreis, in dem die wichtigsten Interessenvertreter des Landes zugegen sind, sowie auch der „BUND“. Hier wird vorrangig untersucht, ob überhaupt alle Bewertungsgrundlagen für eine Risikostudie vorliegen und erkannt wurden, und danach sieht es bisher noch nicht aus. Das unterscheidet in seinem Umfang und seiner Sachlichkeit diese Studie von dem „Pseudopro-

zess“ von Exxon Mobil. Der „BUND“ sieht diesen eher als Bürgerberuhigung denn als Bürgerbeteiligung an. An der Studie NRW arbeiten ausschließlich unabhängige Gutachter, bei deren Auswahl darauf geachtet wurde, dass diese noch nie vorher für die Erdgasindustrie gearbeitet haben. Die Öffentlichkeit wird ab September über die Ergebnisse der Studie informiert, eine entsprechende Veranstaltung am 29. September

2012, voraussichtlich in Dortmund, und Publikationen sind geplant. Das Umweltministerium wollte ursprünglich die Zwischenergebnisse der Arbeitskreise veröffentlichen, hierauf wird leider aktuell zum Leidwesen der Beteiligten aus unbekannten Gründen verzichtet. Der „BUND“ hat auf seiner Website den gesamten Prozess anschaulich und vollständig abgebildet – dort kann jeder den aktuellen Sachstand und alle Protokolle einsehen.

Aktionstage gegen Fracking der Piratenpartei NRW

In den Parlamenten wird das Thema „Hydraulisches Gasbohren“ halbherzig behandelt, Politiker aller Parteien wissen damit scheinbar nicht umzugehen. Die Piratenpartei übernimmt diese Aufgabe, wendet sich an den Bürger und kommuniziert, kompetent und mit

dem notwendigen Elan. Die von Regierungen des Bundes und des Landes NRW versprochenen Gutachten und Studien stehen noch aus, doch ein Teilerfolg ist da. Massive Proteste der Bürger haben die Verantwortlichen aufgeschreckt. „Laut einem Vorabbericht des „Spiegel“ haben sich die Minister Philipp Rösler und Norbert Röttgen vorerst auf eine Ablehnung des sogenannten Frackings geeinigt. Die Piratenpartei NRW, die sich für eine solche Ablehnung stark gemacht hat, begrüßt diese Entscheidung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. „Der Druck auf die Bundesregierung darf nun aber nicht nachlassen. Die Piraten wollen, dass das Fracking im Land, im Bund und der EU verboten wird“, sagt Thomas Küppers von der Piratenpartei NRW, Koordinator des landesweiten Aktionstages gegen Fracking.

Glossar (siehe auch Grafik auf Seite 4)

[Barriereschichten] gering durchlässige Erd- und Gesteinsschichten, die das Grundwasser hindern, nach unten zu fließen

[Bohrloch] entsteht in diesem Fall durch Bohrung und spätere Verrohrung und Zementierung.

[Bohrplatz] Stelle zum Bohren und Lagern von Gerät und Material, später nach Verlassen als Bohrköpfe an der Oberfläche sichtbar

[Flowback] Tiefenwasser und zurückgeförderte Frack-Flüssigkeit.

[Fracking] Technologie zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten. Unter hohem Druck wird bei jedem einzelnen Frack eine mit Chemikalien versehene Flüssigkeit in Erd- und Gesteinsschichten gepresst, um dort Risse zu erzeugen.

[Hydraulic Fracturing] arbeitet mit einer sogenannten „Frack-Flüssigkeit“ aus Wasser, Sand und Chemikalien als Additive. Diese Zusatzstoffe sind oft Betriebsgeheimnis. Bei einer Bohrung werden pro Fracking mehrere Millionen Liter Frackflüssigkeit unter sehr hohem Druck in den Untergrund gepresst, darunter zehntausende Liter Additive, in denen unter anderem Biozide und krebserregende Stoffe der Wasserschutzklasse 3 enthalten sind. Dieses wird häufig wiederholt. Ein großer Teil der giftigen Flüssigkeit verbleibt im durch den hohen Druck aufgesprengten Untergrund.

[Monitoring] Beobachtung und Überwachung bestimmter Zustände in der Umwelt.

[Sauergas] Erdgas mit Anteilen giftigen Schwefelwasserstoffes, in Tight-Gas- und Kohleflözgebieten ist mit seinem Auftreten zu rechnen.

[Tiefenwasser] Grundwasser in größeren Tiefen, das mit Salzen und Schadstoffen (radioaktive Stoffe und Schwermetalle) belastet sein kann.

[Unkonventionelle Lagerstätten] Erdgas kommt in der Regel bei Bohrungen von selbst an die Oberfläche. In kritischen Umgebungen steckt das Gas in kleinen Zwischenräumen im Gestein fest. Risse müssen entstehen, um das Gas in Bewegung zu setzen.



Bild: CC BY-SA Prolineserver

Kernkraft, Atommüll und die Piraten

Energiepolitik Um die Energiegewinnung aus radioaktiven Stoffen tobt eine heiße Diskussion. Wie stehen die Piraten dazu? Wir ließen uns das einmal von den Anti-Atom-Piraten erklären.

CC BY-SA blake (Michael Balke)

Radio (vom lateinischen Wort *radius* - „Strahl“)

Aktiv = strahlungsaktiv.

Und was strahlt da so aktiv? – Der Zerfall der Atomkerne! Atomkerne sind entweder stabil oder eben radioaktiv. Stabile Atomkerne zerfallen völlig zufällig und extrem selten. Überall um uns herum gibt es natürliche Radioaktivität. Somit enthält (mit wenigen Ausnahmen) alles im Alltag Radioaktivität. Euer Müsli, euer Auto, eure Wohnung – alles ist (schwach) radioaktiv. Hierbei handelt es sich um „natürliche Radioaktivität“.

Je häufiger Atomkerne zerfallen, desto radioaktiver ist der entsprechende Stoff. Es gibt Stoffe, die innerhalb von Sekunden bereits zur Hälfte zerfallen sind und es gibt Stoffe, die für den gleichen Prozess Milliarden von Jahren benötigen. Es gibt verschiedene Zerfallsarten und somit auch verschiedene Strahlungen.

Ein großes Problem mit der Radioaktivität ist, dass unsere Sinne sie nicht wahrnehmen können. Wir hören, sehen, riechen, schmecken oder fühlen sie nicht. Wir können lediglich die Wärme von sehr stark radioaktiven Stoffen spüren.

Euer Körper warnt euch also nicht vor der Gefahr. Das ist immer ungünstig, da wir dadurch unser Verhalten nicht automatisch ändern werden. Mitte der achtziger Jahre absolvierte ich eine Ausbildung zum Chemikanten (Chemiefacharbeiter). Am „liebsten“ waren mir die Stoffe, die entsprechend „dufteten“, da ich hier frühzeitig gewarnt wurde.

Radioaktive Anwendungen:

- Stromerzeugung in Atomkraftwerken (AKW), Radionuklid-Batterien
- Medizin
- Militär (Atom-, Wasserstoffbomben, ferner auch fast strahlungslose Uran-Munition, etc.)

Stromerzeugung

Im Betrieb von AKW kann (unter bestimmten Bedingungen) kernwaffenfähiges Material entstehen. Jedes AKW „erzeugt“ große Mengen an Atommüll, der (end-) gelagert werden muss. Ein katastrophaler Unfall wie in Tschernobyl oder Fukushima ist nie gänzlich auszuschließen, auch hier in Deutschland nicht. Vielleicht ein Meteoriteneinschlag oder eine Erdsenkung oder oder oder? Zu unwahrscheinlich? Kann alles passieren! Tschernobyl und Fukushima (es gab noch wesentlich mehr atomare Unglücke, ich beschränke mich hier einmal nur auf die zwei bekanntesten) sind auch passiert! Warum also weiter mit der Büchse der Pandora spielen? Wenn eine atomare Katastrophe passiert, dann hat die Umwelt noch jahrzehntelang mit den Folgen zu kämpfen. Wollen wir das? Wollen wir das hier, in Deutschland? Radionuklid-Batterien haben durchaus ihre Berechtigung, da sie wartungsfrei und über Jahrzehnte einsetzbar sind. Jedoch muss man sie mit Augenmaß einsetzen und sollte immer



Bild: CC BY-SA 2.0 Ballon-sz.de

Die ehemalige Eisenerzgrube Konrad im niedersächsischen Salzgitter wird in ein Endlager für nicht oder nur schwach wärmeproduzierende radioaktive Abfälle umgebaut. Das sind 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle.

Vier Fragen an die Anti-Atom-Piraten:

? In welcher Beziehung steht Ihr zur Piratenpartei?

Wir vom Kernteam sind Mitglieder in der Piratenpartei. Manche haben oder hatten auch Vorstandsämter inne. Kine und Jürgen waren bis Februar 2012 im Vorstand Niedersachsen und sind Listenkandidaten für die Landtagswahl 2013 in Niedersachsen. Dirk und Jürgen sind Mitglieder in Vorständen auf Kreisebene.

? Wie steht Ihr zur friedlichen Nutzung von Radioaktivität, außer AKWs (Medizin, Radionuklid-Batterien, etc.)?

Aufgrund der Problematik der Materie sollte diese Technologie mit Bedacht und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Besonders berücksichtigt werden müssen die Sicherheit der Bevölkerung und die Entsorgung des Materials. Auch im medizinischen Bereich kam es in der Vergangenheit zu erheblichen Kontaminationen, auch von ganzen Stadtvierteln und mit Todesfällen, z.B. beim

Fortsetzung auf Seite 9

Goiânia- Unfall oder dem Nuklearunfall von Samut Prakan. Das unterstreicht, dass mit der Materie unbedingt besonders umsichtig umgegangen werden muss und dass das Material besonders gesichert werden muss, in allen Bereichen, wo man es anwendet oder die Anwendung erwägt. Es sollte stets geprüft werden, ob es nicht Alternativen gibt, die ohne Radionuklide auskommen und zu bevorzugen wären.

? Was soll mit dem bisherigen deutschen Atommüll geschehen?

Ganz schwere Frage, ganz großes Problem. Es gibt mehrere Ansätze. Alle bergen so ihre Probleme. Das eine ist die Idee, die Abfälle irgendwohin zu verbringen, von wo aus sie nicht mehr leicht, bzw. mit vertretbaren Mitteln geborgen werden können. Dies kann man durch Lagerung der Stoffe erreichen. Die Endlager-Konzepte sehen dies so vor, dass das Material über hunderttausende von Jahren sicher vor der Biosphäre geschützt wird. Aber auch die Freisetzung der Stoffe in die Umwelt wird heute noch praktiziert. Zwar ist das Versenken von Atommüll in Fässern in Deutschland und Europa inzwischen verboten, die Einleitung über Rohre in die Atmosphäre und in Gewässer ist aber nach wie vor gängige Praxis. Ausserdem wird immer noch in Rechtsfreien Räumen verklappt. Bis zum Auftreten der Piraterie vor Somalia zum Beispiel auch dort. Ein „Endlager“, das unbestritten als sicher gilt, wurde bisher nicht gefunden. Die bisherigen Versuche in Deutschland können als gescheitert angesehen werden. Selbst bei Schacht Konrad streiten sich noch Experten, auch wenn die Sache juristisch durch ist. Das Lager in Morsleben wird zähneknirschend geduldet, obwohl grundlegende Anforderungen nicht erfüllt werden. Man versucht, nicht darüber zu sprechen. Ein anderer Ansatz zum Umgang mit dem Atommüll ist, stets so zu lagern, dass wieder umgelagert werden kann, sobald die Lagerstätte nicht mehr sicher ist. Bei diesem Ansatz steht aber auch die Frage im Raum: wie sicher ist der Müll vor dem Zugriff

der Menschen? Schauen wir 70 Jahre in der Geschichte zurück, dann hatten wir in Deutschland eine Regierung, die solches Material skrupellos gegen andere und kurz vor Schluss auch gegen Deutschland eingesetzt hätte. Im Irak-Krieg hat Saddam in den Ölfeldern ähnlich gehandelt. Vor gerade einmal 20 Jahren hatten wir einen Krieg auf dem Balkan (bei dem auch Waffen in Form von DU-Munition (Depleted Uranium; engl. abgereichertes Uran; Anmerkung Red.) verwendet wurden – auch eine praktizierte Entsorgung von Atommüll). Rückholbare Lager schützen uns nicht vor solchen Entwicklungen. Die politischen Entwicklungen der nächsten eine Million Jahre lassen sich ebenfalls nicht prognostizieren. Zudem ist eine solche Lagerung natürlich extrem teuer, da man über die sehr langen Zeiträume das Material bewachen, überwachen und kontrollieren muss. Zudem muss man die Anlagen entsprechend instand und funktionsfähig halten. Kernkraftbefürworter schlagen neue Reaktortechnologien vor, die den alten Atommüll mit verarbeiten können. Aber auch das ist Augenwischerei, denn dies geht allenfalls mit Teilen von wiederaufbereitetem Kernbrennstoff. Bei der Wiederaufbereitung werden erhebliche Mengen an Radioaktivität an die Umwelt abgegeben, über Entlüftungsanlagen und Abwasserleitungen. Zudem wird das Problem kontaminierter Gebrauchsgüter damit nicht gelöst, sondern mit dem Betrieb von Kernanlagen weiter verschärft. Benutzte Schutzkleidung oder Werkzeuge, kontaminierter Bauschutt, Putztücher und ähnliches kann damit nicht verwertet werden. Das ist aber gerade das Zeug, das uns in der Asse und in Morsleben solche großen Sorgen macht. Bei den entsprechend angedachten Reaktortypen werden diese Abfälle deutlich stärker belastet sein, als heute. In Norwegen ist die Diskussion um solche neuen Reaktorkonzepte abgeschlossen. Man hat sich dagegen entschieden. Die Unfallrisiken und das Müllproblem unterscheiden sich nicht wesentlich von den heutigen Anlagen. Das Atommüllproblem ist ein ganz großes Dilemma. Eine gute Antwort zu diesem

Problem haben wir nicht. Wichtig ist daher zunächst: Neuen Atommüll zu vermeiden, wo es nur geht und mit dem vorhandenen so verantwortungsvoll umzugehen, wie es uns gerade möglich erscheint.

? Was soll mit künftigem deutschen Atommüll geschehen?

Mit zukünftigen Müll muss man so umgehen, wie man mit dem vorhandenen umgehen sollte: möglichst verantwortungsvoll. Wir sollten möglichst wenig neuen Müll produzieren. Eine Option wäre, dass die Politik den Entsorgungsnachweis für gescheitert erklärt. Das würde zu einem sofortigen Stopp neuen Atommülls aus Kraftwerken führen, da diese ohne Entsorgungsnachweis nicht betrieben werden dürfen. Derzeit bürgt die Politik, also der Bürger für die Entsorgung.

Anti-Atom-Piraten
(www.anti-atom-piraten.de)

Fortsetzung von Seite 8

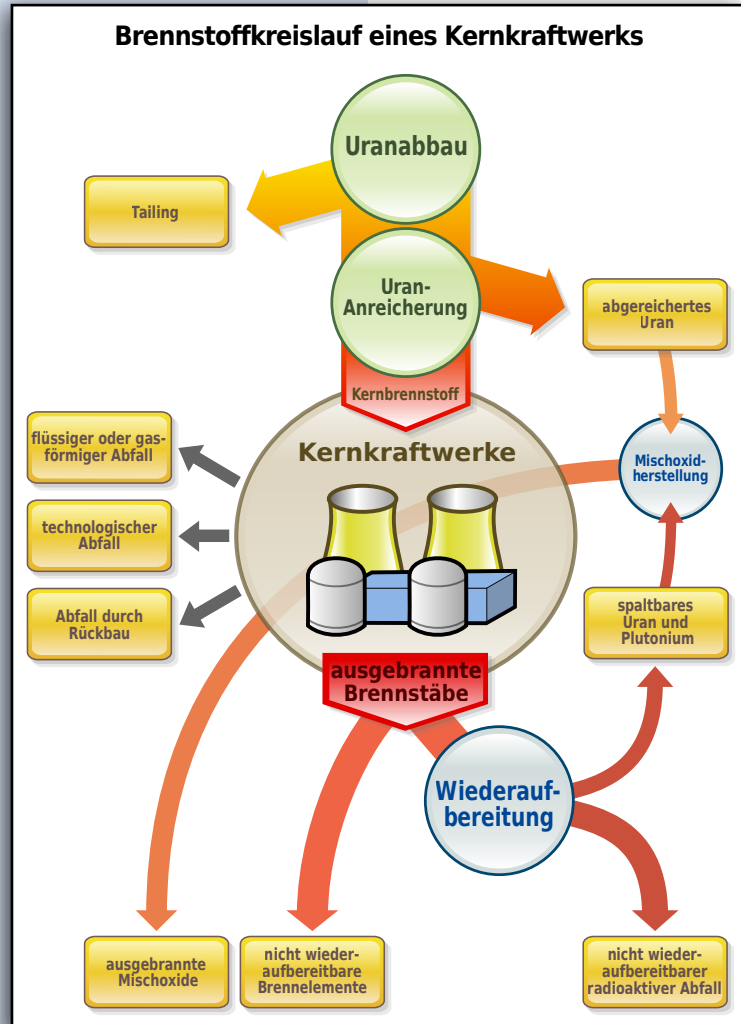
über eine mögliche Alternative nachdenken.

Medizin

Das bekannteste Beispiel dürfen die Röntgenstrahlen sein, die die Medizin revolutioniert haben. Desweiteren kann Radioaktivität zur Krebsbehandlung (Bestrahlung) etc. eingesetzt werden. Natürlich entstehen auch hier radioaktive Abfälle, die (end)gelagert werden müssen.

Militär

Atom- und Wasserstoffbomben, aber auch giftige Munition aus abgereichertem Uran: alles was geht, wird das Militär auch immer als Waffe einsetzen. Die Geschichte ist leider voll von solchen Dummheiten, auch nichtradioaktiven (Senfgas, Napalm, Phosphorbomben). Es gibt eben keine sauberen Kriege. Also Finger weg, besser noch: Militär weg!



Grafik: Public Domain

INTERVIEW



Foto: privat

Sozialstaat 3.0

Soziales Thomas Küppers von den Sozialpiraten über Sozialstaat 3.0 und andere Modelle. Die Fragen stellte Stefan Müller.

? Warum Sozialstaat 3.0? Reicht das soziale Netz, das wir hier in einem der reichsten Länder der Erde haben, nicht mehr aus?

Nein, es reicht nicht mehr aus. Es wurde so häufig verändert und erweitert, dass es nicht mehr stimmig ist. Man kann sich das wie ein großes Uhrwerk vorstellen: Ein paar Zahnräder sind zu klein, ein paar sind eckig, ein paar sind eirig. Das Uhrwerk funktioniert noch, aber es läuft nicht mehr rund, einige Teile passen nicht mehr zusammen. Die Auswirkungen sind etwa, dass in letzter Zeit die Arm-Reich-Schere in Deutschland auseinandergeht. Wir stellen fest, dass einige Leute immer reicher werden und auf der anderen Seite mehr Menschen in Leiharbeit und in den Niedriglohnsektor gedrückt werden, Mütter durch Doppelbelastung Arbeit und Kind überlastet sind und immer mehr psychische Erkrankungen sich dadurch ergeben. Was wir brauchen, ist eine bessere Umverteilung der Steuergelder und eine ganz neue Art, miteinander umzugehen, eine neue Wertevorstellung. Beispiel: Heute ist das so: „Du musst arbeiten, um Geld zu haben“. Durch das Grundeinkommen bekommst du Geld, damit Du arbeiten gehen kannst und um Dir Deine Existenz aufzubauen. Das ist eine Investition in Menschen.

? Das war ja der ursprüngliche Ansatz im Sozialstaat 2.0, dass die Umverteilung an die Menschen geht, die arbeiten – ein Arbeitseinkommen haben oder hatten. Und jetzt kommt der Sozialstaat 3.0, der ein bedingungsloses Grundeinkommen vorsieht.

Nein, aber bevor ich auf die Frage eingehe, kurz zu den Begrifflichkeiten: Sozialstaat 3.0 ist nicht ein vollständig Bedingungsloses Grundeinkommen. Bedingungslos heisst: Ein Grundeinkommen, ohne Gegenleistung/Bedingung und in existenzsichernder Höhe wird an alle Menschen ausgezahlt. Bedürftige Menschen brauchen nach dem Modell Sozialstaat 3.0 noch Wohngeld. Dieses Wohngeld muss beantragt werden. Daher ist unser Grundeinkommensvorschlag nicht vollständig bedingungslos. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen lässt sich nicht aus dem aktuellem Steuersystem generieren. Dafür müssten wir das Steuersystem vollständig anders gestalten. Das würde vielen Menschen Angst bereiten und die Akzeptanz in der Bevölkerung würde vermutlich fehlen.

Unser Modell ist als daher als Zwischenschritt zu einem Bedingungslosem Grundeinkommen gedacht. Es ist ein Gedankenmodell, um eine Vorstellung zu bekommen. Ein Beispiel: Wenn ich ein Flugzeug entwickle, dann mach ich mir erst ein kleines Modell und schau, wie es sich im Wind verhält, bevor ich in Serie gehe.

Modelle probefliegen

Ich veranschauliche mir, wie so etwas funktionieren könnte. Im Modell findet man die Idee

des Grundeinkommens und die damit verbundene Wertevorstellung. Aber man muß auch überlegen: Wie gestalten wir die Finanzierung und wie wird die Umsetzung realpolitisch funktionieren? Es sind Gesetze zu verändern. Es werden viele Leute daran mitarbeiten, und daher müssen wir ungefähr wissen: Wo wollen wir hin, wie kann man so etwas gestalten? Es sei noch gesagt, dass es viele gute Ideen zum Bedingungslosen Grundeinkommen gibt. Uns ist wichtig, dass auch diese Ideen weiterentwickelt werden. Mit dem Sozialstaat 3.0 haben wir eine Idee konkretisiert, in ein Modell gepackt und können nun schauen, wie dieses neue Flugzeug fliegt ...

? ... als Diskussionsmodell, das ist ja das, was ihr dieses Wochenende im Unperfekthaus Essen auf eurem Sozialcamp thematisiert, ihr wollt ja eine Diskussion anstoßen ...

... ja, nicht nur Diskussionen anstoßen, wir wollen viele Ideen hören. Diese müssen transportiert werden. Wir arbeiten zum Beispiel am Grundeinkommen basierend auf Einkommensteuer. Es gibt bei den Sozialpiraten Leute, die arbeiten an anderen Modellen, zum Beispiel Bedingungsloses Grundeinkommen finanziert durch Konsumsteuer. Oder es gibt auch Ideen für sogenannte Sockeleinkommen, das sind kleine additive Grundeinkommen, die unser heutiges System unterstützen könnten, um eine Linderung der Probleme zu erreichen. Dadurch ließe sich auch langsam das BGE einführen.

Ich sehe uns Piraten als eine Ideenfabrik. Wir produzieren Ideen. Es ist klar, dass nicht

alles umgesetzt werden kann. Aber es ist wichtig, dass uns die Ideen nicht ausgehen. Ich finde, die Politik hat momentan Probleme, Ideen von der Basis nach oben zu transportieren. Das geht aufgrund unserer Struktur, unserer recht niedrigen Hierarchieebene, bei den Piraten sehr gut. Und dieses Konzept müssen wir weiter verfolgen: die Piraten als Ideengeber.

? Und der nächste Schritt wäre ein Antrag auf dem Bundesparteitag, der diesen November in Bochum stattfinden wird. Meinst du, da wird wie letztes Jahr wie in Offenbach ein Antrag von den Sozialpiraten kommen?

Soziales Netzwerk

Ja, ich hoffe nicht nur von den Sozialpiraten, sondern auch von vielen anderen Gruppierungen innerhalb der Partei. Die Sozialpiraten verstehen sich ja eher als ein verbindendes Netzwerk. Ein paar sind schon in Liquid Feedback (dazu siehe auch den Beitrag ab Seite 19 in diesem Kompass, die Red.), zum Beispiel vom Eric Mannes Schmidt die Initiative zum Sockeleinkommen.

? Der Sozialstaat 3.0: wie schnell kann er kommen?

Ich persönlich sehe den Sozialstaat 3.0 erstmal nur als ein Modell. Ich glaube eher, dass man mehrgleisig fahren muss. Als Piratenpartei haben wir uns als Ziel gesetzt, eine Enquete-Kommission einzuberufen, um darin verschiedene Modelle zu diskutieren. Die Enquete-Kommission wird dann unterschiedliche Modelle behandeln und wir hoffen, dass sich dann ein Modell herauskristallisiert und umgesetzt wird.



Die Eckpunkte unseres Modells

Komplettfassung mit Einkommenskalkulator auf:

<http://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/06/08/als-vorschlag-zur-diskussion-sozialstaat-3-0-version-1-2/>

Die Piratenpartei hat sich für das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ausgesprochen. Der Weg dorthin soll mit einem sogenannten „Bedingungslosen Grundeinkommen“ gebahnt werden.

In dem hier zusammengefasst vorgestellten Vorschlag „Sozialstaat 3.0 Version 1.2“ der Sozialpiraten Michael Ebner und Johannes Ponader geht es nicht nur um das Grundeinkommen (GE), sondern gleich um die große Ganze. Das komplette Steuer- und Sozialsystem soll sofort umgestellt und vereinfacht werden. So wollen die „Sozialstaat 3.0“-Initiatoren erst einmal eine solide Basis schaffen, für Veränderungen, die in den nächsten Jahrzehnten anstehen, und für ein in Zukunft weitaus höheres Grundeinkommen.

Sozialstaat 3.0: Grundeinkommen plus X

Ein sinnvolles Grundeinkommen muss eine ausreichende Höhe aufweisen, und frei sein von Arbeitszwang, Sanktionen oder anderen Gegenleistungen. Im einzelnen:

- Grundeinkommen, das an alle in Deutschland dauerhaft lebenden Menschen unabhängig von einer Bedürftigkeit ausgezahlt wird. Für Erwachsene 75 Prozent des steuerlichen Existenzminimums, für Kinder und Jugendliche 150 Prozent des steuerlichen Existenzminimums. (Auf Zahlen 2009 und 12 Auszahlungsmomente wären das 489,63 Euro pro Monat und Person für Erwachsene und 483 Euro für Kinder und Jugendliche.)
- Ergänzendes, pauschalisiertes Wohngeld nach neuer Berechnungsformel für geringe Einkommen.
- Einkommensteuer, Körperschaft-

steuer und Gewerbesteuer entfallen. Dafür kommt eine „Flat Tax“ von 45 Prozent.

- Nicht sozialversicherungspflichtiges Einkommen wird zusätzlich mit einem Solidarzuschlag von 5 Prozent des Einkommens besteuert, also insgesamt mit 50 Prozent.
- Das Gesundheitssystem wird zur steuerfinanzierten Einheitskasse.
- Arbeitslosen- und Rentenversicherung bleibt wie bisher.
- Der 19-Prozent-Mehrwertsteuer-Satz wird auf 20 Prozent erhöht.

Das Grundeinkommen wird diverse Sozialleistungen ersetzen, die dann ersatzlos wegfallen:

- Kindergeld
- Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG2 und Sozialgeld)
- Ausbildungsförderung
- Erziehungs- und Elterngeld

Auf andere Sozialleistungen wird das Grundeinkommen angerechnet, Familienzuschläge und Beihilfen für Beamte können dank ihrem Grundeinkommen um 14 Milliarden Euro gekürzt werden. Da das 75%-Grundeinkommen für Erwachsene nicht existenzsichernd ist, gibt es für Geringverdiener ein neuartiges „Wohngeld“. Orientiert am örtlichem Mietniveau, aber unabhängig von den tatsächlichen Kosten der Unterkunft, wird es pauschal ausgezahlt.

Umstellung des Steuersystems auf eine Flat Tax

Zur Finanzierung dieser Wohltaten kommt ein neuer einheitlicher Steuersatz („Flat Tax“) von 45 Prozent auf alle Einkommen. Diese Steuer ersetzt die

bisherige Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer. Für sich genommen halten die Initiatoren die Flat Tax für nicht sozial. In Kombination mit dem Grundeinkommen entsteht jedoch de facto die progressive Belastung höherer Einkommen.

Ein Zuschlag für „reiche“ Menschen: es sollen 50 Prozent der nicht sozialversicherungspflichtigen Einkommen versteuert werden („Solidarzuschlag 5%“). Das sind Kapitalerträge und Unternehmensgewinne, aber auch Gehälter jenseits der Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen.

Mit 50 Prozent werden auch Alterseinkünfte versteuert, gemäß dem Prinzip der nachgelagerten Besteuerung nur derjenige Teil, dessen Beitragszahlungen aus unversteuertem Einkommen stammt. Da das Grundeinkommen selbstverständlich auch Rentnerinnen und Rentnern ausgezahlt wird, erfolgt insgesamt eine Besserstellung dieser Personengruppe, gerade dann, wenn sie derzeit eine geringe Rente beziehen.

Besteuerungsgrundlage ist das gesamte Volkseinkommen (1806 Milliarden Euro im Jahr 2009), es sollen also umfänglich steuerliche Ausnahmetatbestände gestrichen werden („Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“). Bestseller wie „1000 legale Steuertricks“ müssen dann auf wenige Seiten heruntergekürzt werden. Insgesamt sind in der Finanzierungsrechnung Steuerausfälle von 46,8 Milliarden Euro berücksichtigt. Abzüglich des bisherigen Steueraufkommens aus Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer ergeben sich somit Mehreinnahmen von 649,2 Milliarden Euro.



Foto: Public Domain

[Atommüll] wird für lange Zeit im „Endlager“ lagern. Das hoffen jedenfalls „Experten“, die sich auf die Suche nach einem Endlager machen. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine bundesweite Suche nach tatsächlich geeigneten Lagerstätten ein. Nuklearer Müll soll grundsätzlich so gelagert werden, dass eine Rückholung möglich bleibt. Stromerzeugung durch Kernspaltung lehnen die Piraten ab, halten als Minimalforderung an dem beschlossenen Atomausstieg fest. Unsichere kerntechnische Anlagen (Kraftwerke, Zwischenlager, etc.) müssen nachgerüstet oder „abgeschaltet“ werden.

[Brandroden] Methode unter anderem in Südamerika, um Weideplatz für Rinder zu schaffen. Ihr Fleisch ist Rohstoff für die Fastfood-Ketten. Ein interessanter Dokumentationsfilm: „Food Inc.“ unter <http://www.takepart.com/foodinc>

[Chemie] Alles ist Chemie. Das, was immer unter Chemie läuft, sind Chemikalien. Es gibt viele nützliche, aber auch problematische Chemikalien. Entscheidend ist der Umgang damit und die Sicherheitsvorkehrungen dabei. Chemie hilft zum Beispiel durch moderne Werkstoffe beim Energiesparen.

[Dioxin] Das Seweso-Gift Dioxin ist in aller Munde. Zu Ostern zum Beispiel in Form von belasteten Eiern. Dioxin entsteht aber auch im heimatischen Kamin oder Pellet-Ofen.

[Erderwärmung] Und sie erwärmt sich doch. Allen Bequem-

lichkeitszweiflern zum Trotz steigt die mittlere (Durchschnitts-)Temperatur der Erde. Die Menschheit hat vermutlich ihren anthropogenen (menschengemachten) Anteil daran. Eine genaue quantitative Abschätzung der Einflussnahme des Menschen auf Klimaänderungen ist nicht einfach, da sich natürliche Mechanismen und anthropogene Klimaänderungen überlagern.

[Fahrradfahren] Das effizienteste Verkehrsmittel überhaupt, wenn es um eingesetzte Energie im Verhältnis zur erzielten Strecke geht. Fahrradstraßen und sogar Fahrradschnellwege mit wenig Steigung können das Rad auch für mittlere Distanzen attraktiver machen. Oder die E-Bikes mit einem kleinen Elektroantrieb. Leider wurde die Idee einer „Fahrrad-Autobahn“ im Ruhrgebiet verworfen.

[Fracking] siehe Seite 3

[Gentechnik] Hat Vor- und Nachteile. Bakterien produzieren Medikamente, allerdings gibt es auch Pflanzen, bei denen die Risiken nicht abschätzbar sind. In den USA produzierte ein genmanipuliertes Futtergras eine große Menge giftiges Cyanid, das brachte eine ganze Rinderherde um. Und es gibt auch transgene Pflanzen, die gegen Herbizide wie Glyphosat resistent sind und damit zu noch mehr Gifteinsatz führen.

[Hochseefischerei] Bald ist alles weggefischt. Lachs und Thunfisch können wir bald nur noch im Zoo-Aquarium sehen. Besonders vor den afrikanischen

Umwelt

zusammengestellt von
Stefan Müller, ulrics, Jürgen Beckmann und weiteren

Küsten dampfen die Hightech-Fischfabriken und lassen den einheimischen Fischern wenig übrig. Somit sucht sich die Bevölkerung andere, leider auch illegale Versorgungsmöglichkeiten wie etwa Piraterie.

[Industrieabfälle] Werden weniger, sind aber nicht weniger problematisch. Jede Firma muss ihren Müll auf eigene Kosten recyceln oder entsorgen, wobei Wiederverwertung bzw. Kreislaufführung nach dem neuen Abfallgesetz quasi ein Muss ist. Müll muss zudem immer eindeutig gekennzeichnet und dem Erzeuger zuzuweisen sein. Schrottexporte in ferne Länder sind zu unterbinden.

[Jagd] Angeblicher Freizeitsport, der mit unfairen Methoden Tiere tötet. An einigen Stellen notwendig, um das von der Menschheit gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Dies wird von Jägern durchgeführt, die mit möglichst wenig Leiden die Tiere töten.

[Kernkraft] Veraltete Technologie, welche in Deutschland endlich abgeschaltet wird.

[Lebenspatente] Patente auf die Erzeugnisse der Evolution. Das lehnen die Piraten ab. Patente auf Gene und Gensequenzen, die heute mit Robotern analysiert werden, stehen im Kreuzfeuer der Kritik. Was soll daran eine Erfindung sein? Patente auf Saatgut sind im Konflikt mit traditionellen Züchterrechten, Biodiebstahl wird für Firmen möglich. Es braucht Alternativen zu Patenten auf Leben.

[Meer] Für einige Nationen eine Deponie. Der globale Plastikmüll treibt konzentriert an mehreren Stellen im Weltmeer, dort entwickelt sich eine einzigartige Müll-Ökologie. Besonders bekannt: der Müllstrudel im Nordpazifikwirbel zwischen Nordamerika und Asien, der Great Pacific Garbage Patch, so groß wie Mittel-

europa. Helfen könnten in Meerwasser abbaubare Kunststoffe. Naturräume als Ressource dürfen ausschliesslich so genutzt werden, dass sie für zukünftige Generationen voll nutzbar erhalten bleiben. Dies gilt gerade für die Ozeane.

[Nanotechnologie] Es handelt sich um extrem kleine Wirk- und Werkstoffbestandteile. Nutzen und Risiken sind teilweise noch nicht abzuschätzen. Zu kaufen sind mittlerweile Nanobeschichtungen im Sanitärbereich, bei Implantaten, auf Bildschirmen, auf Fassaden oder als Lackschutz für Autos und Industrieteile sowie in Kosmetika. In der frühen Forschung sind Nanomaschinen und Nanoroboter. Stand der Dinge sind zur Zeit einfache Sensoren und Schalter.

[Nahverkehr] Reduziert man den Öffentlichen Personennahverkehr (kurz ÖPNV) allein auf Kosten, so muss man dies auch beim Individualverkehr machen. Was kostet uns der Verkehr mit Autos? Wie groß sind die jährlichen Aufwände für die Straßensanierung? Daraus ergibt sich die Idee des fahrscheinlosen Nahverkehrs; er wird wie die Straßen gemeinschaftlich durch eine Abgabe finanziert. So entsteht Anreiz, die vorbezahlten Busse auch zu nutzen.

[Ozonverminderung] Die Ozonkonzentration vermindert sich in polaren Regionen zu Beginn des Frühjahrs und steigt dann wieder an. Vom Menschen genutzte Substanzen wie etwa Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) verschieben das Gleichgewicht von Auf- und Abbau der Ozonschicht. In Australien ist die Ozonschicht so dünn, dass man besonders starke Sonnencreme für den Strand braucht. In Neuseeland ist die Rede vom nötigen Lichtschutzfaktor 85+.

[Peak Oil] Bald ist alles alle und die Preise für Benzin und Diesel steigen weiter. Es gibt auch

Peaks für Metalle, etwa Peak Kupfer. Endliche Ressourcen sind irgendwann ausgebeutet. Dann geht nur noch Recycling oder Ersatzstoffe, oder extensiver Meeresbergbau mit großen Umweltschäden unter Wasser.

[Quellwasser] Nicht immer so sauber, wie es viele gerne hätten. Trinkwassereinzugsgebiete müssen wir besser schützen vor diversen Giftstoffen aus Industrie und Landwirtschaft. Mit Fracking sind unsere Quellen in Gefahr, wenn die unterirdischen Wasseradern zum Beispiel radioaktiv verseucht werden, auch weit weg vom Bohrloch.

[Rio 2.0 Umweltkonferenz] Wenig nachhaltig, diese Konferenz. Nachhaltigkeit ist eigentlich ein Fachbegriff der Forstwirte. Bäume brauchen über 100 Jahre, bis sie reif zum Fällen sind. Da ist generationenübergreifende Voraussicht nötig. Die Ergebnisse von Rio 2.0 bewegen da nicht viel.

[Strom] Ein hochwertiger und wichtiger Energieträger. Umbau der Elektrizitätsinfrastruktur ist vorrangiges Ziel innerhalb der piratigen Energiepolitik, auch da die heutige Erzeugung mit großen Risiken und Umweltfolgen verbunden ist. Eine dezentrale Erzeugung wird angestrebt. Regionale Eigenversorgung, aber auch übergreifende Verbundlösungen schaffen Unabhängigkeit von großen Netzkonzernen. Überschüsse werden gespeichert und stehen bei Lastspitzen zur Verfügung.



Bild: CC BY Stefan Müller

[Tierfabriken] Die aktuelle Agrarpolitik fördert die Großindustrie, subventioniert minderwertige Massen- und Überproduktion, zerstört lokale Märkte und forciert Patente auf Lebewesen. Das kostet unser Geld, unsere Gesundheit und unsere Zukunft. Siehe auch Beitrag „Tierfabriken“ auf Seite 14.

[Umweltschutz] Selbstschutz, denn nur mit intakter Umwelt kann unser Überleben gesichert werden. Die Piraten wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Dafür müssen endliche und regenerative Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Um nachfolgenden Generationen auch Möglichkeiten zu erhalten, sollen generative Ressourcen wie Solarenergie und Windkraft in großem Umfang genutzt werden und soweit möglich die Verwendung von endlichen (wie Erdöl, Erdgas, Kohle) und regenerativen Ressourcen (Bio-Treibstoff, Wasserkraft) ersetzen.

[Verspargelung] Durch generative Energie wird neue Umweltbelastung erzeugt, denn die Windräder und Strommasten müssen irgendwo gebaut werden. Das erzeugt Konflikte mit Betroffenen, die nicht einfach aufzulösen sind. Am besten mit Transparenz und Bürgerbeteiligung statt von heute auf morgen Wald roden und so Fakten schaffen.

[Walfang] Trotz Moratorium: Island, Norwegen und Japan haben seit 1986 mehr als 25.000 Wale unter dem Vorwand wissenschaftlicher Forschung und aus kommerziellen Zwecken getötet. Infos unter www.seashepherd.de

[Windkraft] Alternative Energie, welche allerdings bei der Herstellung ziemlich schädlich für die Umwelt sein kann. Denn es wird teilweise das seltene Metall Neodym benötigt.

[Yttrium] Das chemische Element wird zum Beispiel in Brennstoffzellen verwendet. Wird hauptsächlich in China abgebaut, dem Hauptproduzent für Seltene Erden.

[Zugfahren] Wenn alles pünktlich ist, eine angenehme und umweltfreundliche Sache. Besonders im Vergleich ICE zu Flugzeug ist die Bahnfahrt auf kurzen und mittleren Strecken, also fast überall in Deutschland, nicht zu schlagen. Dazu kommt der Wegfall nerviger Sicherheitskontrollen und Check-in-Prozeduren.



Das ewige GEZÖRRRe

Medien Eine Wahl, die keine ist, ist keine Wahl

CC BY-NC ulrics

Kann mensch noch von Wiederwahl reden, wenn jemand ohne Gegenkandidat antritt und dann noch gewählt wird? Nein, die Rede ist nicht von einem Diktator wie Assad, sondern von Monika Piel. Der Intendantin des WDR. Für weitere sechs Jahre kassiert sie nun viel Geld: von etwa 15.000 bis 20.000 Gehührenzählern, für jede Menge schlechtes Programm. Mensch denke da nur an die gescheiterte Gottschalk-Redesendung, für welche die derzeitige ARD-Vorsitzende Piel eine Mitverantwortung trägt. Genauso wie für den Einsatz der ARD für ACTA (siehe GEZÖRRRe im Kompass 2012.2). Unabhängig ist die ARD jedenfalls nicht. Zu

vielfältig sind die Verflechtungen mit der Politik. Zum Beispiel gibt es erstaunlich viele Politiker im Rundfunkrat. Nicht umsonst sprechen sich die Piraten gegen Parteisolddaten im Rundfunkrat aus. Denn so, wie es derzeit ist, kann mensch definitiv nicht von unabhängigen Medien reden.

Apropos Gutverdiener. Vor einiger Zeit beschwerten sich 51 Tatort-Autoren im Rahmen einer vermutlich ÖRR-gesteuerten Kampagne zum Urheberrecht und ACTA. Sie vergaßen zu erwähnen, dass sie pro Drehbuch zwischen 27.000 und 30.000 Euro bekommen. Zudem wird sogar für Wiederholungen bezahlt.

— Anzeige —



Alpha Team
Systems & Consulting

Bringen Sie Ihr Geschäft Online!

Mit unseren übersichtlichen eCommerce und Online-Shop Tools haben Sie alles im Griff!

Wir bieten Ihnen:

- Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten gemäß §4f Bundesdatenschutzgesetz
- Internet Service Provider (ISP) Services
- Online-Shop & E-Commerce Lösungen
- Daten- & Virenschutz

Alpha Team Systems & Consulting GmbH
Brandenburgische Straße 12
D-10713 Berlin
Tel. +49(0)30 301 20 000
Fax +49(0)30 301 20 001
E-Mail: info@alphateamsystems.de
Online: www.AlphaTeamSystems.de




Kein Schwein gehabt

Tierhaltung Versuch einer Analyse zum massenhaften Fleischkonsum und warum das Tier mittlerweile egal ist

Bild: PETA Deutschland e.V.

CC BY-SA Irmgard Gravemann

Neue Märchen gehen so: Irgendwann haben sich die Tiere gemeinsam auf den Weg gemacht, um gegen ihre Lebensumstände zu demonstrieren. Sie wollten nicht mehr öde den ganzen Tag Gras wiederkäuen, sinnlos im Sand scharren, bis die Zehen blutig sind oder sich im Schlamm wälzen. Kuh, Huhn und Schwein zogen gemeinsam Richtung Europaparlament, um endlich in geordneten Verhältnissen in engen dunklen Massentierhaltungsanlagen ihr Leben so kurz wie möglich zu fristen, damit der Mensch billiges Fleisch essen kann. Oder war es vielleicht doch alles ganz anders?

Wenn man Näheres zur aktuellen Situation der Massentierhaltung wissen will, kann man zum Beispiel beim Landwirtschaftsministerium nachfragen. Dort sind für die Ministerin für Verbraucher und Landwirtschaft, Ilse Aigner von der CSU, große Büros installiert, deren Mitarbeiter nur darauf warten, hierzu

Auskunft zu geben. Denkt man jedenfalls, wenn man an das Gute in der Demokratie glaubt. Ein Anruf in der Pressestelle ernüchtert dann schnell. Zitat: „Massentierhaltung? Was verstehen Sie denn darunter? Das können Sie aber alles auf unserer Homepage nachlesen.“ Aha, aber bis man sich da durchgeklickt hat, ist es weit nach Mitternacht und viel schlauer ist man dann auch nicht. Die Frage stellt sich einem dann automatisch, ob diese Zahlen vielleicht doch lieber nicht so breit getreten werden sollen.

Weitere Informationsquelle kann durchaus das Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes sein. Da steht unter Landwirtschaft drin, dass es Ende 2010 einen Schweinebestand von ca. 27 Millionen Tieren gegeben hat. Darunter Ferkel, Zuchtsauen, Eber, Jung- und Mastschweine. Eine gigantische Zahl, die man sich gar nicht vorstellen kann. Was passiert mit all diesen Tieren? Und dazu kommen noch

rund 12,7 Millionen Rinder. Manche müssen Milch geben, andere dienen der Fleischerzeugung. Und wem das noch nicht reicht, dem sei hier noch die Zahl der Hühner mit 27,2 Millionen genannt, wobei in dieser Zahl nur die Ställe gezählt werden, die mehr als 3.000 Hennen haben. Die Hühner dürfen im Akkord Eier legen oder werden mit überdimensionierten Brustmuskeln gezüchtet, die sie manchmal nur noch in den Ställen herumtaumeln lassen. In Hähnchenmastanlagen wie in Wietze bei Hannover werden pro Stunde 27.000 Hühner und somit pro Minute 450 Tiere getötet. Für Zahlenfanatiker sind das 7,5 tote Tiere pro Sekunde. Außerdem werden den Tieren jährlich etwa 780 Tonnen an Antibiotika verabreicht.

Wie ist es eigentlich soweit gekommen, dass der Mensch sich so vom Tier und damit von der Natur entfernt hat? Früher war alles besser, das weiß ja jeder. Die Leute hielten sich ein

Schwein und Hühner, die noch artgerecht leben durften und am Ende irgendwann im Kochtopf landeten. Da war Fleisch noch etwas Besonderes, das nur sonntags auf den Tisch kam. Die Menschen achteten Tiere und misshandelten sie nicht. Dann kam die Industrialisierung und mit ihr die erste große Imbisskette in den 1970er Jahren nach Deutschland. Was für Menschen Spaß und Massenkonsum in Form von Burgern mit sich brachte, bedeutete für Tiere so nach und nach das Aus vom artgerechten Leben. Denn die Menschen sind durchaus in der Lage, jeden Tag Fleisch zu verzehren und tun es mittlerweile auch. Fleisch ist zum Massenprodukt geworden und Tiere dienen der Massenproduktion. Sie sind zu einer Rechengröße verkommen, der keine Seele mehr zugesprochen wird. Deshalb leben Kühe überwiegend in Ställen, dürfen jedes Jahr mehr Milch liefern und werden mittlerweile ohne ihre natürlichen Hornansätze gezüchtet. Sie durchlaufen Melkanlagen, wo ihnen lieblos die Milch aus den Eutern gezapft wird. Wenn sie nicht schnell genug im Karussell unterwegs sind, setzt es Stromstöße. Rund fünfzig Tiere werden in einer 400 Quadratmeter großen Stallbox zusammen gehalten, ohne jemals eine Weide auch nur zu riechen. Ähnlich dreckig geht es Hühnern, denen man den Schnabel stutzt, indem man ihn am besten gleich nach der Geburt mit einer Zange abkneift. Einem Huhn wird ein Lebensraum in Größe eines DIN-A-4-Blattes zugebilligt und dieses wird von der EU-Kommission auch noch als großer Sieg gefeiert. Gehts noch?

Schweine machen jetzt neuerdings auch online mit. Im Juni dieses Jahres ist die erste Fer-

kel-Kontaktbörse eröffnet worden. Aber wer jetzt glaubt, dass die Tiere sich dort zu so mancher netter Ferkelerei verabreden, wird enttäuscht. Hier werden via Mausclick Schweinezüchter und Mäster zusammengebracht, um über Kilopreise bei Ferkeln zu feilschen. Hintergrund für diese Einrichtung waren mit Dioxin verursachte Futtermittelskandale im letzten Jahr, die Ver-

Nach diesem Huhn kräht kein Hahn

Käfighaltung von Legehennen in Kleinvolieren

Bild: PETA Deutschland e.V.



braucher aufhören und den Fleischkonsum beim Schwein einknicken ließen. Wenn der Verbraucher misstrauisch wird, reagiert der Markt mit sinkenden Preisen. Ferkel müssen mindestens acht Kilo wiegen, um in die Mast aufgenommen werden zu können. Wenn sie das wüssten, würden sie vermutlich lieber gleich in einen Hungerstreik treten und einen natürlichen Tod sterben. Denn ein Zuckerschlecken ist das Leben für ein Mastschwein wahrlich nicht. In engen Boxen gezwängt, gerne auch ohne Tageslicht, vegetieren sie nach und nach immer mehr vor sich. Vollgepumpt mit Antibiotika werden sie immer fatter, um dann nach 180 Tagen das sogenannte Schlachtgewicht von 100 Kilogramm erreicht zu haben. Mahlzeit!

Aber zurück zu den Ursachen für diese verachtende Hal-

tung gegenüber unseren Mitgeschöpfen. Zunächst genoss der Mensch das Fleisch, dann wurde er süchtig danach, und das nicht ohne Grund. Immer mehr Fleischprodukte lassen die Herkunft gar nicht mehr klar erkennen. Wer denkt bei einem sogenannten „Patty“, das ist das Ding zwischen den vertrockneten Brötchenhälften, denn schon an ein Tier? Wissen Kinder überhaupt noch, wie ein Rind aussieht, wenn sie in einen Burger beißen? Das Bild dürfte ordentlich in Schieflage geraten sein. Und überhaupt, es geht bei den Imbissketten ja gar nicht um das Essen an sich, sondern um das Event. Mit viel buntem Spielzeug und Brause lassen sich Kinder prima locken und auf Dauer binden. Und es ist auch klar, dass Eltern sich kein Rind halten können, um dann daraus Burger für ihre Kinder zu machen. Deshalb kommt man bei dieser Ernährungsform sicher

nicht mehr ohne Massenproduktion aus, denn immer mehr stehen quasi von Geburt an auf Fastfood. Dafür müssen Tiere in Massentierhaltungsanlagen schnell und ohne Rücksicht auf ihre Bedürfnisse großgezogen werden.

Überhaupt: ist eigentlich der Kunde oder auch Konsument schuld an allem? Es ist wie die Sache mit der Henne und dem Ei, was war eigentlich zuerst da? Der Bedarf oder derjenige, der das Bedürfnis geweckt hat? Vielleicht ist es wie mit allen Entwicklungen, die klein anfangen und irgendwann die Masse erreichen. Masse ersetzt Klasse. Billig ist das Zauberwort für alles geworden, auch für die Ernährung. Es gibt kaum noch jemanden, der nicht nicken würde, wenn gesagt wird, dass die Lebensmittel immer teurer werden und dass kaum das Geld dazu noch reicht. Tafeln boomen, weil da Lebensmittel gar nichts mehr kosten. Es sind Sachen, die im Laden nicht verkauft werden konnten und diese werden dann an Bedürftige wie Hartz-IV-Empfänger verschenkt. Und die Zahl derer, die auf die Produkte von Tafeln angewiesen sind, steigt. Wie ist es da verwunderlich, dass der Respekt vor dem Lebensmittel und damit auch dem Tier immer weiter sinkt, wenn uns das alles nichts mehr wert ist? Oder anders herum gesagt: Wenn immer mehr Menschen auf die kostenlosen Lebensmittel der Tafeln angewiesen sind, weil sie keine Arbeit mehr haben oder bei der Arbeit, die sie haben, nicht mehr genug verdienen, um hochwertigere Lebensmittel zum Beispiel im Bioladen zu kaufen, dann muss man sich nicht wundern, wenn diese Menschen auch keine Empathie für Tiere aufbringen können. Ihnen ist der Respekt und die Würde ihrer Existenz ja auch schon lange abgesprochen worden.

Irmgard Gravemann ist freie Journalistin in Leer/Ostfriesland und seit Oktober 2011 Mitglied der Piratenpartei

Der intellektuelle Charme des Schwarms

Denken Von „Schwarmintelligenz“ als Basis der Zusammenarbeit wird in Piratenkreisen viel gesprochen. Die Weisheit der Vielen bietet mehr Effektivität als traditionell hierarchische Top-Down-Strukturen und geschlossene Expertengruppen.

Sie ist möglicherweise sogar die einzige Chance für unsere Zukunft auf diesem Planeten. Die Ameisen leben es uns vor. Gedanken von Thomas Latzke.



CC BY-NC Thomas Latzke

Bei Licht betrachtet ist so eine einzelne Ameise doch ein Zeitgenosse mit eher vernachlässigbaren geistigen Fähigkeiten. Umso erstaunlicher, was diese 140 Millionen Jahre alte Spezies in Gemeinschaftsleistung als GmbH und Co. KG auf die Beine stellt. Das Portfolio reicht von der Anlage effektiver Straßen über den Bau klimatisierter Nester bis hin zur Organisation gemeinschaftlicher Raubzüge. Das scheinbar planvolle Vorgehen und die Effektivität der Aktionen haben zweifelsohne Züge intelligenten Handelns. Oder Wikipedia. Binnen kürzester Zeit erschafft die vernetzte Kompetenz zahlloser Mikroexperten ein Lexikon, das die Koryphäen traditioneller Enzyklopädien ziemlich alt aussehen lässt. Zumindest kam das Recherche-Institut „Wissenschaftlicher Informationsdienst Köln“ in einer 2007 im Auftrag

des „Sterns“ durchgeführten Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Wikipedia die renommierte Brockhaus-Enzyklopädie um Längen schlägt. Auch hier zeigt sich wieder, dass mutmaßliche Schwarmintelligenz selbst genialen Einzelkämpfern oder geschlossenen Expertengruppen weit überlegen ist – wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von Intelligenz reden will.

Was heißt schon Intelligenz?

Tatsächlich stellt sich die Frage, was unter Intelligenz überhaupt zu verstehen ist. Denn eine allgemein anerkannte Definition ist bislang noch nicht in Sicht. Vielmehr gibt es unterschiedliche Intelligenztheorien beziehungsweise Intelligenzmodelle, die versuchen, das Wesen von Intelligenz zu beschreiben.

Genau genommen geht es immer nur darum, Grade der Intelligenz zu quantifizieren. Denn im Prinzip ist jedes System, das Informationen aufnehmen, durch Verknüpfung mit bereits gespeicherten Informationen

verarbeiten und auf diese Weise eine spezifische Reaktion abseits eines linearen Reiz-Reaktion-Schemas generieren kann, ein intelligentes System (Bild 1). Welchen Grad der Intelligenz es erreichen kann, hängt in erster Linie von der Komplexität und Organisation der Verknüpfungsstränge im Prozessor ab. Weitere Einflussfaktoren sind die Anzahl und die Differenziertheit der Sensoren sowie die Verarbeitungsgeschwindigkeit.

Legt man die soeben genannte Definition zugrunde, wird man zu dem Schluss gelangen, dass Intelligenz keinesfalls nur ein Privileg von Primaten ist. Nahezu alle Lebewesen sind mit Intelligenz ausgestattet – allerdings in höchst unterschiedlichem Ausmaß. Und gleiches gilt für prozessorgesteuerte technische Systeme. Der Aufbau eines Computers entspricht ja beinahe exakt dem abgebildeten Schema eines intelligenten Systems. Und wenn man an die Leistungen von Schachcomputern, Routenplanern oder Game-Engines

– die ja auch als „Künstliche Intelligenz“ bezeichnet werden – etc. denkt, ist dieser Gedanke keineswegs so abwegig, wie er zunächst erscheint.

Evolutionärer Imperativ

Zurück zur Intelligenz der Lebewesen. Die evolutionäre Implementierung und Fortentwicklung der Intelligenz hat zunächst eine Hauptursache: die Spezies erhöht durch sie ihre Überlebensfähigkeit. Dabei verhelfen intelligente Reflexionen nicht nur in konkreten Situationen zu überlegenen Reaktionen, sondern verbessern auch die allgemeine Anpassung an die sich immer schneller verändernde Umwelt beziehungsweise machen eine Anpassung überhaupt erst möglich. Seit Menschen massiv in die Natur eingreifen und damit eine immer dynamischere Veränderung der Umwelt und des sozialen Gefüges auslösen, kommt die auf lange Zeiträume ausgerichtete biologische Anpassung nicht mehr mit. Das hat zur Folge, dass unser Kör-

per uns immer noch im Urwald mit feindlichen Säbelzähntigern wähnt und bei Angriffssignalen entsprechende physiologische Aktivitäten in Gang setzt. In der modernen Welt identifiziert der Mensch aber Signale als Angriff, die keineswegs erhöhte physiologische Kampfbereitschaft oder ein Körperdoping für eine schnelle Flucht erfordern.

Viele psychische Erkrankungen beruhen übrigens auf dieser Diskrepanz zwischen archetypischen Betriebssystem-Aktionen und tatsächlich erforderlichen Reaktionen. Im allgemeinen können wir Menschen jedoch durch intelligente Reflexion das fest verdrahtete Reaktionsschema in unserem Stammhirn überschreiben. Man könnte auch sagen, dass die Intelligenz uns in die Lage versetzt, uns praktisch softwaremäßig an die sich immer schneller verändernde Umwelt anzupassen, während die Anpassung über Hardware (Biologie) innerhalb der kurzen Zeiträume unmöglich ist.

Spinnt man diesen Gedanken weiter, drängt sich die Frage auf, wie die Überlebensfähigkeit der Spezies Mensch in nicht allzuferner Zukunft gesichert werden kann. Schon heute mehrten sich die Zeichen, dass die Komplexität der Umwelt aufgrund der Dynamik solche Ausmaße angenommen hat, dass die individuelle Intelligenz für eine optimale Anpassung und Bewältigung der anstehenden Probleme nicht mehr ausreicht. Es liegt auf der Hand, dass dafür eine umfassende Vernetzung von Intelligenz stattfinden muss. Schwarmintelligenz eben. Vor diesem Hintergrund erscheint die Implementierung von Schwarmintelligenz in politische Entscheidungssysteme geradezu als evolutionärer Imperativ.

Wobei Schwarmintelligenz keinesfalls mit der Gemeinschaftsleistung einer begrenzten (Experten-)Gruppe oder eines „Think Tanks“ verwechselt werden darf. Geschlossene Gruppen haben das Problem, dass durch gruppenspezifische Mechanismen wie etwa das sogenannte „Group Thinking“ Prozessver-

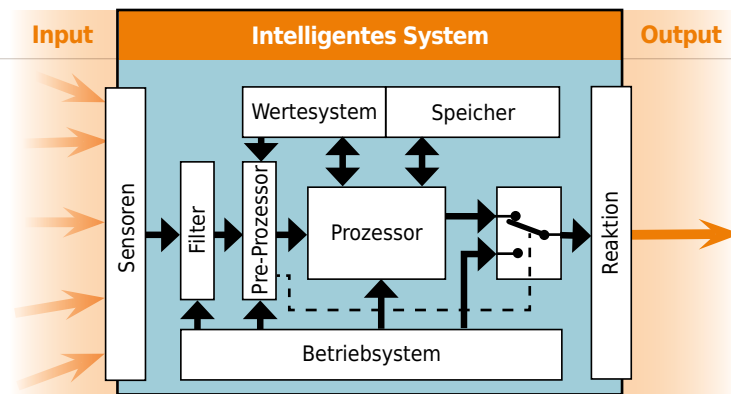


Bild 1: Schema eines intelligenten Systems. Zentraler Bestandteil ist der Prozessor, der die externen Signale mit gespeicherten Informationen variabel verknüpft. Starke Signale (Gefahr in Verzug) können einen Schalter umlegen, der den Prozessor ausschaltet und festgelegte Betriebssystem-Aktionen an den Ausgang weiterleitet.

luste auftreten, die häufig zu minderwertigem Output führen. Schwarmintelligenz, die diesen Namen auch verdient, setzt demnach immer ein absolut offenes System voraus, ein System, in das jedermann ohne Vorselektion Input liefern kann.

Auch Schwarmintelligenz hat einen IQ

Die Frage ist nur: Input wo rein? Oder anders gefragt: Wie können sich intelligente Einzelsysteme zu einer Superintelligenz verbinden? Sicher gibt es hierfür unterschiedliche Modelle und Möglichkeiten – abhängig vor allem von der Ausprägung und Anlage der Subsysteme. Bei Ameisen ist kollektive Intelligenz beispielsweise von Anfang an vorgesehen und funktioniert daher ohne eine zentrale Koordinationsstelle.

Die menschliche Intelligenz dagegen ist als autarkes System angelegt, so dass es zur Vernetzung eines zentralen, von Menschen erdachten und realisierten Hypersystems bedarf. Letzteres ist im Prinzip auch nichts anderes als wiederum ein intelligentes System, über dessen Eingangssensoren die Outputs einer beliebigen Anzahl von individuellen Intelligenzsystemen angeschlossen sind. Das Hypersystem übernimmt die Aufgabe eines Prozessors für die Informationen der vernetzten intelligenten Subsysteme. Seine Infrastruktur ist demnach maßgebend für den „IQ“ der Schwarmintelligenz.

Anatomie eines Hypersystems

Eine gutes Beispiel für den Aufbau eines solchen Hypersystems bietet Wikipedia. Hier besteht

die Infrastruktur aus einem umfangreichen Regelwerk (allein im deutschen Autorenportal gibt es 21.112 Wikiartikel), einer gewaltigen Software- und Hardwarelandschaft (MediaWiki, Toolserver mit webbasierten Hilfsprogrammen, Bots, Serversystemen, Datenbanken) und entsprechenden Kommunikationsstrukturen und Institutionen (Diskussionsseiten, Mailinglisten, Chats, Ticketsysteme, Hotlines, Konferenzen, Firmen). Für die Vernetzung menschlicher Intelligenz zur Optimierung politischer Entscheidungen wird das noch zu wenig sein. Einen vielversprechenden Ansatz zur Entwicklung eines komplexen Hypersystems beschreibt Claus Ketziora (Connector66) in seinem Visionspapier „Virtuelle Demokratie – Funktionales Arbeiten und Funktionale Systeme“, von dem er bisher nur einen „Teaser“ veröffentlicht hat (<http://bit.ly/NrqOGc>), und dessen Fertigstellung er für Ende dieses Jahres geplant hat. Claus Ketziora entwickelt seinen Ansatz aus systemtheoretischen Untersuchungen zum Informationsmanagement und zu Entscheidungsprozessen in großen Organisationen.

Swarmintelligenz oder Schwarmdummheit?

Wie weiter oben bereits ausgeführt, ist das Design und die Ausführung des Hypersystems entscheidend für die Qualität und Effektivität der Schwarmintelligenz. Andere Wirkfaktoren sind die intellektuelle Leistungsfähigkeit der angeschlossenen Subsysteme, und – bei menschlichen Input-Gebern nicht zu unterschätzen – deren emotionale

und motivationale Konstitution. Wenn Menschen bei Entscheidungsfindungen zusammenwirken, so stellen sich, wie uns die Geschichte schmerzhaft lehrt, nicht automatisch (schwarm-)intelligente Lösungen ein. Das Gegenteil ist bisweilen der Fall – selbst bei Beteiligung von Menschen mit ausgewiesener Kompetenz. Phänomene von Schwarmdummheit werden in der Wissenschaft unter dem Begriff des Gruppendenkens (groupthink) untersucht; häufig zitierte Beispiele sind die Schweinebucht-Invasion Kennedys oder die Entscheidung des amerikanischen Kongresses zum zweiten Irakkrieg 2003. Gruppendenken entsteht, wenn sich Mitglieder in einer kohäsiven Gruppe der vermuteten Gruppenmeinung unkritisch anschließen und das Streben nach Einmütigkeit derart dominant wird, dass „störende“ Einflüsse, wie andersartige Einschätzungen, Einwände oder Zweifel, ausgeblendet werden.

Swarmintelligenz als Herausforderung

Um die Potentiale eines Schwarms voll auszuschöpfen, bedarf es nach dem Gesagten eines Regelwerks, das die Modalitäten des Inputs wie auch die weitere Verarbeitung der eingespeisten Informationen im Hypersystem steuert. Zwei wesentliche Bedingungen, die Offenheit und Transparenz des Systems, wurden bereits an früherer Stelle genannt. Weitere Einflussgrößen sind beispielsweise die Qualität des Inputs (die mit dem Bildungsniveau der Beteiligten korrespondiert), die Bandbreite der erhobenen Informationen (durch anonyme oder voneinander unabhängige Ideensammlungen) sowie die faire Beachtung und Diskussion jedes einzelnen Beitrags. In einer der nächsten Ausgaben des Kompass soll dieses Thema weiter vertieft werden. Hierzu werden relevante Forschungsergebnisse – vor allem aus den Bereichen Gruppendenken, Konformitätsdruck, Minoritäteneinflüsse und Gruppendynamik – gesichtet und jene Variablen identifiziert, die den Prozess der Schwarmintelligenz fördern können.

Buch- und Medientipps

zusammengestellt von
Stefan Müller CC-0

Buchtipps



Träumen Drohnen von zerquetschten Käfern?

*Kriegsmaschinen lernen
das Denken*

Autonome Kriegsmaschinen gab es schon im 2. Weltkrieg. Die V2-Bomben steuerten sich selbst ins Ziel, ferngelenkte Kampfpanzer wurden getestet. Doch mit den bahnbrechenden Fortschritten in der IT, Miniaturisierung und Leichtbautechnik kommt immer mehr Intelligenz in die fliegenden Bomben. Der jüngst erschienene Sammelband „Kriegsmaschinen: Roboter im Militäreinsatz“ will das Thema aus Perspektive von Sozial- und Naturwissenschaftlern, Philosophen und Schriftstellern beleuchten. Und aufzeigen, was da genau eigentlich passiert, zum Beispiel in Waziristan:

„Brummende Roboter segeln durch den Himmel, und niemand schläft. Arme Dorfbewohner geben ihr wenig Geld für Tabletten aus, nachts schlucken sie Beruhigungsmittel und am Morgen nehmen sie Antidepressiva. Sie fegen alle paar Stunden ihre Zimmer und Hinterhöfe im Versuch, ihre Häuser von Microchips zu säubern. So leben die Menschen in Stammesgebieten in Pakistan unter den starren Augen der US-Predator-Drohnen.“

Während die Drohnenbediener in den fernen USA einem geregelten 9-to-5-Job nachgehen,

und auf ihren Monitoren wie in einem beliebten US-Videospiel die Menschen nur als kleine Käfer sehen, die siegreich „zerquetscht“ werden müssen („Bug-Splat“): die Enthumanisierung der Gegner dank Distanz schreitet voran, ein tiefes Desinteresse an den Leiden der Zivilbevölkerung bei gleichzeitiger Präzisionsrhetorik und Technikeuphorie kennzeichnet das Meinungsbild in den USA. Für eine Demokratie ist der Roboterkampf politisch leichter durchsetzbar, da kein echtes Blut der eigenen Soldaten fließt.

Beiträge zur Kulturgeschichte der Robotik runden das Ganze ab, bilden jedoch auch leider viel Füllmaterial für den am eigentlichen Thema interessierten Leser. Schön sind die zu jedem Essay beigegebenen mehrseitigen Verweisanhänge auf weiterführende Quellen. Das ermöglicht dem interessierten Leser, tiefer in ein Thema einzusteigen, das uns in den kommenden Jahren immer stärker direkt selbst betreffen wird. Mit etwas mehr als 200 Seiten ist das Buch leider nicht sehr umfangreich. Bei manchen Beiträgen hätte ich mir mehr Hintergrundinformationen gewünscht.

Kriegsmaschinen: Roboter im Militäreinsatz. Sammelband, Herausgegeben von Hans-Arthur Marsiske, Heise, 2012, ISBN 978-3-936931-73-0. 18,90 Euro

in eigener Sache

Archivschätze zum Download

Das Kompass-Team hat nun schon sechs gedruckte Ausgaben vorgelegt: ACTA, Wutbürger, INDECT, VDS, Leistungsschutz, Transparenz, Telefonterror, Datenschutz für den Hausgebrauch und vieles mehr haben wir auf über 150 Seiten behandelt. Wer einmal ein Heft verpasst hat, kann sich jede Ausgabe als PDF herunterladen:

<http://kompass.im/kompass-archiv/>

Comic

Rice-Boy & Co.

Alt-Star Möbius ist leider tot, doch Evan Dahm lebt: einer der innovativsten Webcomic-Autoren (Rice Boy, Order of Tales) erarbeitete sich durch seine Fantasy-Welt eine weltweite Fangemeinde. Diese Crowd finanzierte sogar ein mehrere hundert Seiten starkes, selbst publiziertes Buch: über 266 Menschen sammelten Ende April 2011 dreimal soviel Dollar ein, wie zum Druck benötigt wurde. Nach wie vor sind Dahms Comics kostenfrei im Internet anzuklicken. Über 2.000 Seiten wurden dies seit 2006. Höchst produktiv widmet der New Yorker sein Leben der Comic-Kunst, auch ohne Kopierschutz und Verbote, alle seine Inhalte sind unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar.



<http://rice-boy.com/>

Podcast

Krähenest: Piraten bei der Arbeit

Ein neues Angebot kommt von den NRW-Piraten. Der Podcast „Das Krähenest“ bringt Interviews und Themen aus den Arbeitsgemeinschaften und der NRW-Piratenfraktion. Fast jeden Tag gibt es aktuelle Beiträge. Dazu gibts einen wöchentlichen Text-Newsletter. Alles auf

<https://blog.piratenpartei-nrw.de/kraehennest/>

Kurz vorgestellt



Transparenzgesellschaft intransparent

Ein kleines Buch zu einem Thema, das Piraten unter den Nägeln brennt: Transparenz. Doch vorweg: wer hierin eine konkrete Handlungsanleitung zur Transparenzschaffung sucht, wird sie nicht finden. Im Gegenteil: der Karlsruher Philosoph Byung-Chul Han belegt das T-Wort mit Begriffen wie „Gleichschaltung“, „Gewalt“, „seelischer Burnout“ und titulierte die Piraten als „erste Partei ohne Farbe“. Geheimnisse in der Politik dagegen findet er gut und erforderlich. Und so weiter geht die rasende Fahrt durch Ausstellungsgesellschaft, Intimgesellschaft, Informations- und Enthüllungsgesellschaft. Fazit: Eher was für Philosophiestudenten, die seine Thesen in aller Ruhe sezieren und systematisieren möchten. Letzteres überlässt der Autor nämlich seinen Lesern: völlig intransparent.

Byung-Chul Han: Transparenzgesellschaft, Matthes & Seitz, 2012, ISBN 978-3-88221-595-3, 10,00 Euro.



Foto: Public Domain

Politische Beteiligung Mehr Mitsprache wünschen sich zahlreiche politisch interessierte Bürger. In ganz kleinem Kreis ist das noch einfach, auf nationaler Ebene wird es kompliziert. Ein Ansatz: Meinungen und Ideen sollen webbasiert zu Entscheidungen reifen, und jeder kann sich einbringen. Eine dieser Softwarelösungen heißt Liquid Feedback. Wir stellen sie vor.

CC BY-NC-ND ulrics

Eine Frage, die sich einer Demokratie zwangsläufig stellt ist: Wie kann ich möglichst viele Menschen an möglichst vielen Stellen teilhaben lassen? Das soll nicht nur dazu dienen, dass eine Entscheidung von möglichst vielen getragen wird, sondern auch möglichst viele Bürger beteiligen.

Natürlich könnten einmal monatlich Bürgerentscheide stattfinden, was allerdings wenig interaktiv wäre. Zustimmung, Stimmenthaltung oder Ablehnung: das ist alles, was in herkömmlichen, papierbasierten Abstimmungen machbar ist.

Das Internet bietet mehr Ausdrucksformen für die eigene Meinung. Sei es in Blogs, in Foren oder in sozialen Netzwerken. Die Möglichkeiten sind

vielfältig, allerdings immer auf einen engen Personenkreis begrenzt und mühsam auf große Teilnehmerzahlen auszuweiten. Denn selbst in Foren mit wenigen Nutzern gerät eine Diskussion schnell sehr lang und zerfasert sich.

Erste Ansätze für Online-Bürgerbeteiligung sind die E-Petitionen an den Bundestag oder AbgeordnetenWatch. In Deutschland haben wir leider nur wenige basisdemokratische Elemente.

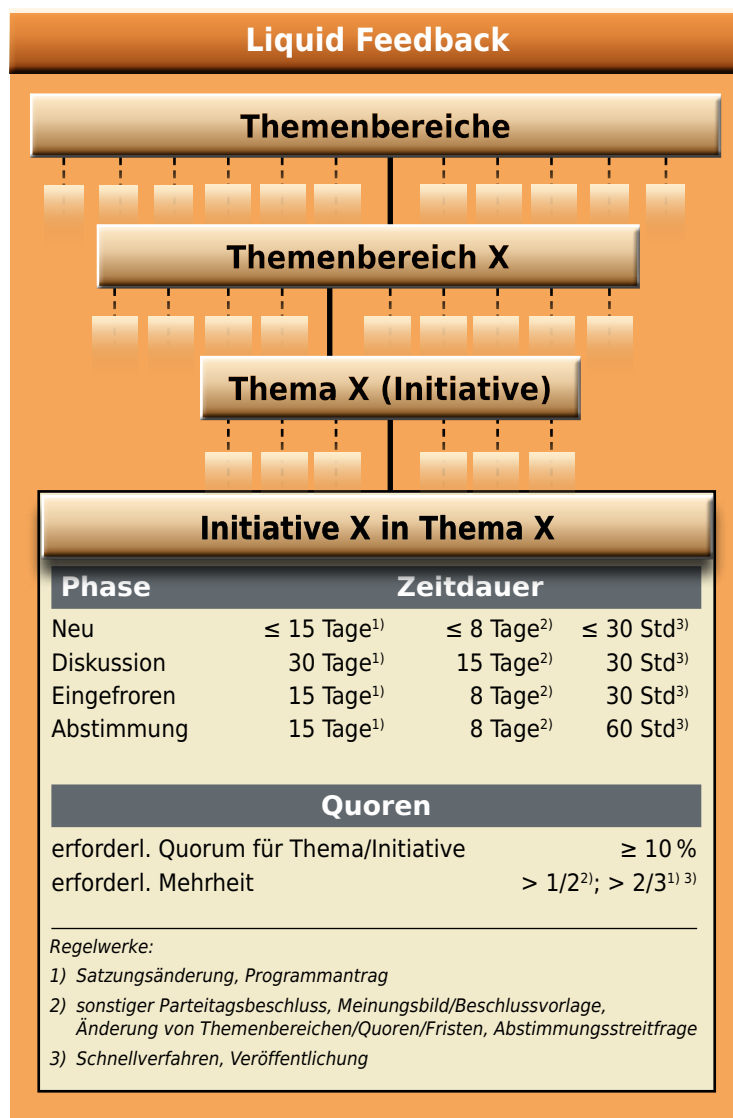
Kommen wir nun auf die Frage zurück, was Liquid Feedback ist. Den Begriff Feedback kennen die meisten. Er bedeutet soviel wie Rückmeldung oder Rückkopplung. Das Wort Liquid lässt sich wiederum mit „flüssig“ übersetzen. Das heißt also soviel wie flüssige Rückkopplung. Mit der webbasierten Soft-

ware Liquid Feedback (LQFB) können nun eine Vielzahl von Personen nach ihrer Meinung gefragt werden. Die Frage nach Meinung der Mehrheit ist natürlich das Kernstück einer jeden Demokratie. Mit einem einfachen Ja-Nein-Schema lässt sich allerdings nur wenig anfangen. Hier kommt die Internet-Interaktivität bei Liquid Feedback ins Spiel. Es wird wesentlich einfacher, Meinungen in der Tiefe zu erkennen und auch eine Diskussion einzuleiten. Es entsteht quasi eine flüssige Demokratie, vergleichbar mit einem Fluss. An der Quelle sitzt eine Person oder ein kleiner Kreis als Initiatoren. Von weiteren Personen strömen Anregungen rein, wodurch so nach und nach ein konsensfähiger Entwurf entsteht.

Der Ist-Zustand der heutigen Politik sieht ganz anders aus.

Einige „Experten“ oder einzelne erarbeiten etwas. Vom Volk gewählte Politiker stimmen darüber ab. Aber die Mehrheit muss damit leben, ohne gefragt worden zu sein. Mit Liquid Feedback würde dieser Prozess auf eine wesentlich breitere Basis gestellt: jeder kann Vorschläge machen, bewerten und abstimmen.

Von der Idee her eine gute Sache. Deshalb wollte ich mich auch mal an Liquid Feedback versuchen. Vor langer Zeit hatte ich mal einen Einladungsschlüssel bekommen, mangels Zeit erst sehr spät benutzt und das war anscheinend zu spät. Denn der Schlüssel war inzwischen wegen eines Updates verfallen. Bevor ich also Zutritt bekomme, musste ich mir erst einmal einen neuen Schlüssel organisieren. Natürlich ist das nicht so ein-



Struktur von Liquid Feedback in der Piraten-Bundesinstanz. Bei der Erstellung einer Initiative muss man sich für einen der vorgegebenen Themenbereiche und ein vorgegebenes Regelwerk entscheiden, unter dem die Initiative erscheinen soll. Dort legt man dann mit seiner Initiative ein neues Thema an oder stellt sie als Gegeninitiative unter einem bereits bestehenden Thema ein.

fach, denn LQFB ist nur sehr unauffällig auf der Webseite der Piratenpartei ausgedrückt. Ich denke aber, mit <https://lqfb.piratenpartei.de/> die richtige Seite gefunden zu haben.

Die Seite weist keinen direkten Kontaktbutton auf. Sprich: entweder gehe ich auf Registrierung oder ins Impressum.

Unter Registrierung gibt es den Punkt „Kennwort zurücksetzen“, was aber wohl nur funktioniert, wenn der Nutzer bereits ein Kennwort hat. Eine schnelle und einfache Lösung findet sich schon mal nicht. Also bin ich doch ins Impressum und schrieb eine Email an den Support.

Es dauerte eine knappe Woche, dann kam eine Email wegen einem neuen Schlüssel. Zum Erhalt eines neuen Schlüssels musste man sich bei einer Clearingstelle mit einem Referenzschlüssel (aus der Email) melden und bekommt dann einen neuen Einladungsschlüssel. Dieser Einladungsschlüssel wird allerdings nur einmal angezeigt, weshalb man sich diesen sichern sollte. Zum Beispiel in einem bereit gehaltenen Editor oder mit Screenshot (Taste Druck und dann einfügen in ein Bildbearbeitungsprogramm).

Den Code habe ich dann kopiert, allerdings kam zuerst eine Fehlermeldung. Anscheinend

kommt Liquid Feedback nicht damit klar, wenn keine Cookies akzeptiert werden. Die meisten anderen Seiten weisen darauf hin. Also: Cookies im Browser kurz mal wieder einschalten.

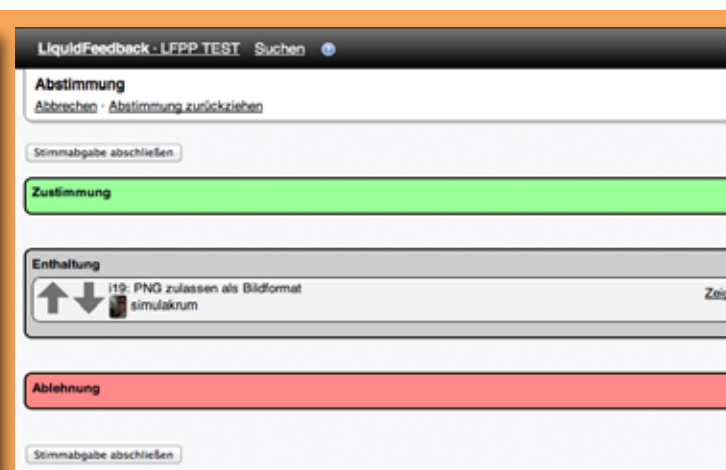
Nach dem Code folgten Nick, Email, Login-Name und Kennwort sowie Bestätigung der Nutzungsbedingungen. Man sollte also etwas Zeit mitbringen. Und vorher überlegen, ob mensch lieber anonym agieren möchte. Ist ein „kann“, aber kein „muss“. Änderungen sind auch hinterher unter *Einstellungen* möglich. Für Neueinsteiger gibt es überall blaue Hilfsboxen.

Unter *Profil* lassen sich eine Vielzahl an Informationen über sich eintragen. Falls man dies wünscht und nicht seine Privatsphäre beibehalten will. Oben in der rechten Ecke (Startseite) geht es wieder auf die Eingangsseite zurück.

Unter „Themenbereich“ links neben „Startseite“ finden sich dann die verschiedenen Themengebiete, unter der die politischen Initiativen eingruppiert werden. Auch eine Delegation der Stimmen an jemanden anderen ist möglich, allerdings hat die Abstimmung momentan noch keine Verbindlichkeit. LiquidFeedback ist allerdings eine gute Möglichkeit, schon vorher herauszufinden, ob ein Programmantrag Aussicht auf



Themenbereiche in Liquid Feedback. Mit einer Initiative erstellt man entweder ein neues Thema (1) oder eine Gegeninitiative in einem bereits bestehenden Thema. Die Info-Leiste (2) gibt eine Übersicht über die Anzahl der Themen in den jeweiligen Stadien innerhalb des betreffenden Themenbereichs.



LQFB-Abstimmungen sind eine Präferenzwahl. Jede Initiative kann Zustimmung, Enthaltung, oder Ablehnung bekommen. Gibt es mehr als eine Initiative (hier nicht), könnte innerhalb der Zustimmung oder Ablehnung per Klick auf die Pfeile sortiert werden, welche Initiative besser oder eben schlechter gefällt.

Flüssige Regeln

Regelwerke in Liquid Feedback (LQFB) sind abhängig vom Ziel einer Initiative beziehungsweise eines Themas. Das Regelwerk zu den Anwendungen Meinungsbild/Beschlussvorlage sieht beispielsweise folgende Phasen und Quoten vor:

- **NEU** **≤ 8 Tage**
so lange wartet das Thema auf „ich bin interessiert“-Klicks anderer Nutzer
- **DISKUSSION** **15 Tage**
die Zeitspanne in der Nutzer und Einreicher am Thema arbeiten und ändern können
- **EINGEFROREN** **8 Tage**
jetzt bleibt das Thema 8 Tage lang unangetastet bis ...
- **ABSTIMMUNG** **8 Tage**
... schließlich 8 Tage lang über die Initiative abgestimmt wird.
- **QUORUM THEMA** **≥ 10/100**
Bedingung: 10 Prozent der Nutzer müssen für das Thema Interesse zeigen, dann wird die Neu-Phase verlassen
- **QUORUM INITIATIVE** **≥ 10/100**
jede einzelne Initiative in einem Thema muss mindestens 10 Prozent interessieren, damit sie auf der Abstimmungsliste auftaucht
- **MEHRHEIT** **> 1/2**
schon mit einfacher Mehrheit ist das Meinungsbild angenommen.

Demnach durchläuft eine Initiative mehrere Phasen:

1. Neuphase
2. Diskussionsphase
3. Eingefrorenphase
4. Abstimmungsphase
5. Abschlussphase

In der ersten Phase braucht eine Initiative einmal einen bestimmten Prozentsatz (das

„Quorum“) an Unterstützerstimmen innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums. Reicht die Anzahl der Unterstützer nicht aus, wird die Initiative abgebrochen. Bei genügend Unterstützung besteht also grundsätzliches Interesse. Es handelt sich um einen ernst zu nehmenden Antrag, es geht weiter in die Diskussionsphase.

Sowohl in der ersten, wie auch in der zweiten Phase können Änderungen am Text vorgenommen werden, um einen breiteren Konsens zu erreichen. Auch Verbesserungsvorschläge können eingereicht werden. Die Diskussionsphase endet ebenfalls nach einem vorgegeben Zeitraum.

In der dritten Phase wird alles „eingefroren“, es kann also nichts mehr am Antragstext geändert werden. Wohl können Liquid-Feedback-Nutzer die Unterstützung entziehen, falls sich im Rahmen der Diskussion untragbare Änderungen eingeschlichen haben. Des weiteren können noch eigene Anträge als Alternativanträge eingebracht werden. Zudem besteht Zeit zur Auseinandersetzung mit den Argumenten.

Im Anschluss an die Eingefrorenphase geht es nun zur Abstimmung. Abgestimmt werden nur jene Anträge, die einen bestimmten Prozentsatz an Unterstützern einsammelten. Gibt es mehrere Alternativen, kann der Nutzer eine Präferenzreihenfolge festlegen.

Während der Abstimmung sind keine Ergebnisse zu sehen, erst danach. Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, dass jeder unvoreingenommen abstimmt und damit die eigene Meinung abstimmt und nicht taktisch wählt.

Die Stimmen können nach der

Abstimmung Personen zugeordnet werden. Deshalb gibt es an dieser Stelle Kritik bzgl. Datenschutz, allerdings sollte jeder zu seiner Meinung stehen können. Zumal nicht unbedingt der wirkliche Name erscheinen muss.

Neben der Abstimmung durch einen selbst, kann die Stimme auch delegiert werden. Dies sollte natürlich eine Person des Vertrauens darstellen, bei der man sicher ist, dass die eigenen Wertvorstellungen vertreten werden. Allerdings kann diese Person das Stimmgewicht wiederum anderen übertragen, wodurch es schwierig wird, eine gewisse Kontrolle über das Abstimmungsergebnis zu haben. Allerdings: Delegationen sind Ausdruck von Vertrauen, wer Zeit hat, alles zu kontrollieren, könnte auch selber abstimmen.

Bei der Ermittlung der Unterstützerprozentsätze spielen die Mitglieder, welche Interesse an einem Themenbereich haben, eine wesentliche Rolle, denn ihre Anzahl beeinflusst die Hürde.

Inzwischen wird Liquid Feedback auch auf kommunaler Ebene eingesetzt. So beispielsweise in Friesland. Auf diese Weise wird auf jeden Fall ein Mehr an Bürgerbeteiligung erreicht. Zumindest, wenn sich die Lokalpolitiker auch an das Abstimmungsergebnis halten.

Fazit Liquid Feedback ist ein Tool zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Derzeit noch nur innerparteilich. Das Potential ist aber durchaus vorhanden, ein System für die Zukunft der Bürgerbeteiligung zu werden. Denn die Software liefert zumindest Hinweise, wie der Bürger über bestimmte Dinge denkt. Könnte also zumindest als **indirekte direkte Demokratie** wirken.

Erfolg hat oder für eine breite Zustimmung noch etwas angepasst werden muss.

In den Themengebieten geht es manchmal unübersichtlich zu. Man sollte Zeit mitbringen. Zudem sind undeutliche Titel der Beiträge ein echtes Hindernis, weil unklar ist, um was es gerade geht. Wichtig ist, beim Verfassen eigener Anträge vorneweg einen aussagekräftigen Titel zu wählen. Die Menüführung ist schon etwas gewöhnungsbedürftig, durch die verschiedenen Ebenen nicht intuitiv. Selbst mit mehreren Browserfenstern gleichzeitig ist es schwierig, den Überblick zu behalten.

Überblick behalten: Da kommt dann die Stimmendelegation ins Spiel. Das ist bei Liquid Feedback: Man überträgt für bestimmte Abstimmung jemandem seine Stimme.

Konkreter Ablauf

Jeder Nutzer kann eigene Vorschläge einbringen. Diese werden als Initiativen bezeichnet. Zu Beginn wird ein Themenbereich ausgewählt. Ein neues Thema kann als Alternativvorschlag an bereits bestehende Themen oder aber als ein komplett neues Thema eingebracht werden. Bei einem neuen Thema muss ein „Liquid-Feedback-Regelwerk“ ausgewählt werden (siehe Infokasten „Flüssige Regeln“).

Die Geschichte von Liquid Feedback

September/Oktober 2009 startete die Softwareentwicklung. Schon im Dezember 2009 wird LQFB im Piraten-Landesverband Berlin getestet. Im Februar 2010 beschließt der LV Berlin den offiziellen Einsatz, und drei Monate später auch der Bundesparteitag Bingen für die Bundesebene. Online ging das Bund-LQFB im August. Zwei Jahre später, im August 2012, wird das erweiterte LQFB 2.0 bundesweit freigeschaltet.

Nützliche Einkommen

Die Anderen Abgeordnete in der EU, Bund und Ländern werden recht gut bezahlt für einen aufreibenden Job. Doch viele Mandatsträger verdienen extra.

CC Zero Stefan Müller

Über 40 Prozent der deutschen Abgeordneten im EU-Parlament beziehen Nebeneinkünfte. Dies ermittelte eine Studie der Nicht-regierungsorganisation „LobbyControl“ Mitte 2011.

Problematisch werden Abgeordneten-Nebenjobs vor allem dann, wenn sie einen Interessenkonflikt mit sich bringen. Als Aufsichtsrat in einem großen Energie- oder Medienkonzern könnte der Abgeordnete Unternehmensinteressen in die energie- oder urheberrechtliche Gesetzgebung einbringen. Und mehr noch: da er Zugriff und Kontakte in Behörden und Verwaltungen hat, könnte er Personalentscheidungen beeinflussen und so dafür sorgen, dass bequeme Beamte gefördert und unbequeme Mitarbeiter auf Abstellgleis geschoben werden.

Seit einiger Zeit macht das Europäische Parlament die Nebenjobs der EU-Abgeordneten per Internet transparent. Auf jeder Abgeordnetenseite des EUparl, zu finden über die Detailsuche unter <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/performsearch.html>, gibt es ein eingescanntes PDF mit der finanziellen Selbstauskunft. Maschinenlesbar ist dies leider nicht, aber für die überschaubare Anzahl der Abgeordneten und mit einem kleinen Team könnte das Ganze an einem Wochenende in eine Datenbank gepackt werden.

Wie die Abgeordneten im Deutschen Bundestag können auch deren Kollegen im Europaparlament die genaue Höhe der Nebeneinkünfte für sich behalten. Ihren Verdienst geben sie lediglich innerhalb eines groben Rasters an: Stufe 1 entspricht Einnahmen zwischen 500 und 1.000 Euro monatlich, bei Stufe 2 handelt es sich um Einkünfte zwischen 1.001 und 5.000 Euro, für Stufe 3 sind es zwischen 5.001



Elmar Brok im EUparl. Der rote Pfeil zeigt den Link zu seinen finanziellen Angaben, frisch aktualisiert am 5. Juni 2012. Demnach ist er derzeit Berater der Bertelsmann AG mit Stufe 3: 5.001 bis 10.000 Euro Monatsvergütung.

Lizenz: Screenshot EUparl

und 10.000 Euro. Die Höchststufe 4 entspricht Nebeneinkünften von über 10.000 Euro pro Monat. Theoretisch könnte es auch ein Vielfaches davon sein, merkt LobbyControl an.

Großes Geld kassiert der nordrhein-westfälische EU-Parlamentarier Klaus-Heiner Lehne (CDU). Seit 1994 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender im JURI (Rechtsausschuß). Als solcher kam ihm die sicherlich unangenehme Aufgabe zu, ACTA dort

abzulehnen. Offensichtlich gefrustet, kommentierte „einer der schlimmsten Lobbyisten“ (LobbyControl) die europaweiten Anti-ACTA-Proteste mit dem Statement: „Ich meine, nicht die Geisterfahrer auf der Internetautobahn sollten unsere Politik bestimmen“ und versuchte vergeblich, die EUParl-Abstimmung vom 4. Juli 2012 auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Als Partner der international tätigen Großkanzlei Taylor-Wessing kommt Lehne auch in 2012 auf monatliche

Einkünfte der Stufe 4, also auf mindestens 10.000 Euro. Abgeordnetenwatch.de recherchierte problematische Zusammenhänge: Während Lehenes Kanzlei 2010 einen Großdeal für den Platten-Multi Sony Music einfädelt, hatte der Abgeordnete Klaus-Heiner Lehne wenig später im Europaparlament über eine bessere „Durchsetzung von Urheberrechten“ mitzuentcheiden. Auch EU-Patentrecht ist dem Abgeordneten/Anwalt nicht fremd. 2008 war er an vorderster Front gegen ein verpflichtendes europäisches Transparenzregister für Lobbyisten, schreibt netzpolitik.de.

Elmar Brok (CDU), EU-Abgeordneter seit 1980, war sogar von 2004 bis 2011 „Bertelsmann Senior Vice President Media Development“ neben seinem Mandat. Im aktuellen Finanzen-PDF (siehe Foto) ist er nur noch „Berater“ und kein „Angestellter“ mehr. Darauf kann man sich seinen eigenen Reim machen. Die Gehaltsstufe in seiner Juni-2012-Finanzerklärung ist jedoch gleich geblieben. Brok wurde wiederholt vorgeworfen, die Interessen seines Arbeitgebers Bertelsmann statt die seiner Wähler zu vertreten. Im EUParl-Flurfunk nannte man ihn gar „Mr. Bertelsmann“. Er brachte angeblich ein absolutes Recht auf „Geistiges Eigentum“ ohne Sozialverpflichtung in einem EU-Verfassungsentwurf unter, der aber glücklicherweise nie unterzeichnet wurde.

Rund 15.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel für ihre Auftraggeber. Da kommen Bürgerrechte wie bei ACTA schnell unter die Räder, wenn sich keine laute Gegenwehr bildet. Einrichtungen wie ein verschärftes Lobbyregister und noch mehr maschinenlesbare Transparenz im Detail müssen kommen, am besten mit neuen Abgeordneten im EU-Parlament, die dafür einstehen.

Willkommen in Utopia

Teil 6

Erzählung Diese Geschichte in Tagebuchform gibt die Erlebnisse eines Schülers im Jahre 2100 wieder, der sie in ein Buch aus Papier schreibt. In wenigen Monaten steht ihm die Implantation bevor, durch welche er die Möglichkeit haben wird, direkt ins Netz dieser Zeit zu gehen. Es ist eine geordnete Welt, in der alles gut ist, wie das Lehrer immer wieder betont. Alles Dank das Beschützer, welches über die Bewohner wacht. Das Thema in der Schule ist Geschichte, allerdings erst ab dem Jahre 2000: viele historische Ereignisse wie der Cyberweltkrieg oder Gleichsprech.



Bild: CC0 1.0 Hans

CC-BY-NC-ND: ulrics

Donnerstag 14. Januar 2100

Der Unterricht nahm heute wieder eine sprunghafte Wendung. Nach der Wortsubstitutionspolitik kamen wir zu Bildungspolitik. Die Bildungssysteme haben sich gewandelt. Früher wurden alle Kinder in die gleiche Klasse geschickt. Allein Noten zählten. Als könnten Prüfungsergebnisse etwas über die wirklichen Fähigkeiten sagen. Aus unserer heutigen Sicht wirkt es wie ein Verbrechen. Durch immer stärkere Einsparungen bei der Bildung nahm die Bildung immer weiter ab und brachte immer unfähigere Regierende hervor. Das Volk, soweit es noch den Grund für die Wahl verstand, wählte das geringste Übel. Der Teufelskreis der Verdummung nahm eine immer steilere Abwärtsspirale an. Die Systeme versagten immer mehr. Besonders Exportnationen litten unter der Verdummung. Es gab weniger Innovationen, die andere Nationen importieren wollten. Das Sprichwort: „Dummheit bestraft sich selbst“ nahm immer seltsamere Züge an. Hätte das Beschützer nicht eingegriffen und das Bildungssystem verändert, würden wir heute wohl nicht mehr existieren. Mich wundert, dass das keiner der Intelligenteren erkannte, wie wichtig Bildung ist. Alles, was in Bildung investiert würde, bekäme der Staat vielfach verzinst zurück. Natürlich ist das heute nicht mehr relevant. Alles wird gut dank das Beschützer.

Freitag 15. Januar 2100

Die Konzerne griffen im Zuge der Verdummung immer weiter in die Politik ein, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Dies führte zu einem modifizierten Bildungssystem. Die Abwesenheit von Erziehungsmaßnahmen durch die Eltern führte zu einer zunehmenden Verwahrlosung von deren Kindern. Besonders, weil diese vom Schulrecht keinen Gebrauch machten. Noch immer konnte jeder zur Schule gehen. Allerdings führten die Konzerne in der Schule Werbepausen ein. So finanzierten indirekt die Eltern die Schule für die Kinder, aber auch die zunehmend Kinderlosen. Wobei es leider so war, dass die Gebildeten die wenigsten Kinder hatten. Die Bemühung der Konzerne um das Wohlergehen führte zu keiner Verbesserung. Schon nach wenigen Jahren kollabierten die Sozialsysteme unter jenen, die nichts konnten. Ab diesem Zeitpunkt gab es Bildung nur noch für jene, die nachweislich intelligent waren. Selbst Geld half nicht viel, wenn die Kinder die notwendige Leistung nicht brachten. Besonders hart ging es an den Universitäten zu. Viele konnten sich die höhere Bildung nicht mehr leisten oder scheuten vor der Verschuldung zurück, welche in die Leibeigenschaft von Firmen führte. Der Konzernstaat näherte sich zunehmend dem Ende. Der Cyberweltkrieg versetzte diesen Strukturen den entgültigen Todesstoß. Heute gibt es keine Werbung mehr im Unterricht. Das Lehrer berichtet uns nur regelmäßig über die

Weisheit von das Beschützer. Wir sind das Beschützer dankbar für die schöne neue Welt, in der wir leben dürfen.

Samstag 16. Januar 2100

Schon vor dem Cyberweltkrieg wurde vermehrt auf Algen als Nahrungsquelle gesetzt. In unserer Zeit besteht vieles aus der mit Nährstoffen und Geschmack angereicherten Algenpaste. Kaum zu glauben, was das Lehrer uns berichtete über die riesigen Farmen mit Tieren. Allein, was dadurch an Krankheiten und Seuchen entstand, lässt mich schon wundern, dass die Menschheit überhaupt überlebt hat. Das Lehrer sagte, dass wir dies das Beschützer zu verdanken haben. Trotzdem frage ich mich, wie dieses Fastfood wohl geschmeckt hat. Es klingt schon lecker und die Bilder sehen appetitlich aus. Ob sie wohl genauso schmecken wie der Algenbrei mit Rindfleischgeschmack? Ein Schüler meinte, dass mit Implantat auch virtuelles Schlemmen möglich wäre. Es klingt verlockend, alles und so viel zu essen, wie ich möchte und das, ohne meine Gesundheit zu riskieren. Ein ganzer Vierzehn-Stunden-Schultag mit dem Thema Essen hat mich hungrig gemacht. In der großen Pause habe ich deswegen versucht, einen Nachschlag zu bekommen. Das Ausgabegerät weigerte sich aber. Es meinte, dass ich bereits meine notwendige Nährstoffdosis bekommen hätte und es nicht mehr geben wird. Ich weiß, das Beschützer meint es nur gut mit uns.

Das Letzte



Neulich im Urlaub ...

Thomas Latzke